



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2016

Emilio Esguerra

Die Entwicklung von Wohlfahrtsstaaten in Lateinamerika

Bachelorarbeit bei
Prof. Dr. Edgar Grande
WiSe 2015/16

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	2
Abkürzungsverzeichnis.....	3
1. Einleitung	4
2. Historische Entwicklungsmuster von Wohlfahrtsstaaten in Lateinamerika.....	6
2.1. Ursprünge und graduelle Expansion bis 1980	7
2.2. Wirtschaftliche Turbulenzen und Demokratisierungswelle seit 1980	10
2.3. Charakteristika lateinamerikanischer Wohlfahrtsregime	12
2.4. Eignung lateinamerikanischer Wohlfahrtsstaaten als Untersuchungsobjekt.....	15
3. Theorien der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung.....	17
3.1. Sozioökonomische Determinanten	17
3.2. Machtressourcen und Parteiendifferenz.....	19
3.3. Institutionelle Theorien und demokratische Verfasstheit	21
3.4. Internationale Hypothese.....	25
3.5. Pfadabhängigkeit	27
4. Quantitativ-vergleichende Analyse lateinamerikanischer Sozialausgaben.....	28
4.1. Spezifikation und Operationalisierung der Variablen	30
4.1.1. Das Abhängige Variablen-Problem	30
4.1.2. Unabhängige Variablen	31
4.2. Übersicht und Diskussion der Ergebnisse.....	33
5. Fazit.....	40
Appendix.....	42
Literaturverzeichnis.....	47
Eigenständigkeitserklärung	53

Abkürzungsverzeichnis

BIP	Bruttoinlandsprodukt
CEPAL/ECLAC	<i>Comisión Económica para América Latina y el Caribe/Economic Commission for Latin America and the Caribbean</i> (Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik)
IFI	Internationale Finanzinstitutionen
ISI	Importsubstituierende Industrialisierung
IWF	Internationaler Währungsfonds
OECD	<i>Organisation for Economic Co-operation and Development</i> (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
PLN	<i>Partido Liberación Nacional</i> (Partei der nationalen Befreiung, Costa Rica)
PS	<i>Partido Socialista de Chile</i> (Sozialistische Partei Chiles, Chile)
PT	<i>Partido dos Trabalhadores</i> (Arbeiterpartei, Brasilien)

Länderkürzel

ARG	Argentinien
BOL	Bolivien
BRA	Brasilien
CHL	Chile
COL	Kolumbien
CRI	Costa Rica
DOM	Dominikanische Republik
ECU	Ecuador
ELV	El Salvador
GTM	Guatemala
HON	Honduras
MEX	Mexiko
NIC	Nicaragua
PAN	Panama
PER	Peru
PRY	Paraguay
URY	Uruguay
VEN	Venezuela

1. Einleitung

Der Sozialstaat gehört zweifelsohne zu den wichtigsten Elementen und Errungenschaften moderner Staaten. Entsprechend dieser Bedeutung hat sich auch die international vergleichende Wohlfahrtsstaatenforschung in den vergangenen Jahrzehnten als einer der aktivsten Zweige der vergleichenden Politikwissenschaft etabliert. Eine Vielzahl von Wissenschaftlern aus verschiedenen Disziplinen hat zu einem grundlegenden Verständnis der Entstehung, des Wachstums und des Rückbaus von Wohlfahrtsstaaten sowie den dabei auftretenden Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen Ländern beigetragen. Der unangefochtene Klassiker in der komparativen Literatur ist dabei nach wie vor Gøsta Esping-Andersens (1990) Studie der *Drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus*, in der er entwickelte Industriestaaten in eine dreiteilige Typologie von sogenannten Wohlfahrtsregimen einordnet.

Es ist dabei erstaunlich, wie sich auch 25 Jahre nach Erscheinen dieses Standardwerks die vergleichende Wohlfahrtsstaatenforschung in stark überwiegendem Maße auf die immer gleichen rund 20 Industriestaaten der westlichen Welt konzentriert, die auch schon Esping-Andersen in seiner Arbeit betrachtete. In einem erst kürzlich erschienenen Literaturbericht stellte Kim (2015: 321) fest, dass sich etwa drei Viertel der von ihm betrachteten Studien ausschließlich auf diese Länder fokussieren, die entsprechend ihrer gemeinsamen Mitgliedschaft oft auch als OECD-Staaten subsumiert werden¹. Für diese Ländergruppe liegt folgerichtig mittlerweile eine Reihe gut etablierter und empirisch untermauerter Theorien vor, welche die wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungen und deren Triebkräfte erklären.

Der beschriebene einseitige Fokus der Disziplin ist insofern bedauerlich, als in den vergangenen Jahrzehnten im Rahmen der bedeutenden wirtschaftlichen Entwicklungen auch in vielen Ländern der *Dritten Welt* wohlfahrtsstaatliche Systeme auf- und ausgebaut wurden. Diese *emerging welfare states* (Arts/Gelissen 2010: 577) sind bislang nur in geringem Maße systematisch untersucht worden. Insbesondere sollte der Forschung daran gelegen sein, die kausalen Faktoren solcher Entwicklungen zu identifizieren und zu erklären, wie Carnes und Mares in einem Überblicksartikel resümieren:

„Our understanding of variation in social policies outside of OECD economies still resembles a sixteenth-century map, with vast areas of uncharted territories. Mapping out and explaining this variation should be the goal of welfare state scholars during future decades.”
(Carnes/Mares 2007: 882)

Diese Arbeit soll sich dieser konkreten Aufforderung nach einer neuen Forschungsagenda anschließen und einen Beitrag zur Schließung der Lücke leisten. Da jedoch die sehr große

¹ Es ist dabei zu beachten, dass entsprechend der Ursprünge und der Orientierung des Forschungsfeldes damit im Allgemeinen die entwickelten Staaten West- und Nordeuropas, die USA, Kanada, Australien, Neuseeland und Japan sowie später auch die südeuropäischen Länder gemeint werden. Einige langjährige Mitglieder der OECD wie die Türkei sowie die in den letzten Jahren neu aufgenommenen Länder Osteuropas werden explizit von diesem Überbegriff ausgeschlossen.

Anzahl an Nicht-OECD-Mitgliedern eine enorm heterogene Ländergruppe darstellt, erscheint es sinnvoll, einen regionalen Fokus zu wählen, um eine gewisse Vergleichbarkeit der Untersuchungseinheiten gewährleisten zu können. Im Rahmen dieser Arbeit werden daher die wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungen in 18 Ländern Lateinamerikas im Mittelpunkt stehen. Ziel ist es, diese Entwicklungen nachzuzeichnen und zu erkennen, welche Faktoren einen relevanten Beitrag zu ihrer Erklärung liefern können. In Anbetracht der eindeutig westlich-europäischen Wurzeln der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung soll dies unter Rückgriff auf bisher entwickelte Theorien und Methoden sowie der vorliegenden empirischen Ergebnisse geschehen.

Die Forschungsfrage dieser Bachelorarbeit lautet somit: **Lassen sich die Entwicklungen von Wohlfahrtsstaaten in Lateinamerika mit den im Kontext der OECD-Staaten entstandenen Theorien erklären? Falls ja, welche Erklärungen können überzeugen und weshalb ist dies der Fall?**

Diese Fragestellung ist aus zwei Gründen von besonderer Relevanz: Der erste betrifft das genuin wissenschaftliche Interesse. Eine solche Herangehensweise entspricht explizit einem vergleichenden empirischen Test der anerkannten Theorien wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung. Wie bereits angemerkt, kann die Forschung bereits auf ein breites Fundament solcher Theorien und eine Vielzahl empirischer Studien in den OECD-Ländern zurückgreifen. Wendet man diese Ansätze nun im lateinamerikanischen Kontext an, lässt sich überprüfen, ob diese auch in der neuen Umgebung Erklärungsgehalt haben. Letztlich kann so ein Beitrag zur Beantwortung der wichtigen Frage nach der Reichweite der Theorien geliefert werden. Der zweite Grund ist dagegen politischer Natur: Es ist ein weithin bekannter Fakt und immer wieder Quell für Instabilität und Unruhe, dass Lateinamerika die Region mit der höchsten wirtschaftlichen Ungleichheit der Welt ist². In der OECD und insbesondere in West- und Nordeuropa hat sich seit Langem gezeigt, dass ein effektiver und hinreichend gut ausgebauter Wohlfahrtsstaat ein wirkungsvolles Mittel zur Reduktion ökonomischer Ungleichgewichte sein kann. Auch für lateinamerikanische Länder liegt bereits quantitative empirische Evidenz vor, die zeigt, dass Sozialausgaben zumindest in Demokratien einen signifikanten Beitrag zur Reduktion von Ungleichheit und Armut liefern (vgl. Huber et al. 2006; Huber/Stephens 2012; Pribble et al. 2009). Die Antwort auf die Frage, welche Faktoren unterschiedliche Niveaus an Sozialausgaben und Wohlfahrtsstaatlichkeit erklären, ist daher von substanzieller Bedeutung für politische Akteure in der Region: Können sie durch ihre Entscheidungen und *Policies* überhaupt Einfluss auf die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung nehmen? Oder sind es vielmehr Faktoren außerhalb ihrer Reichweite, die diese determinieren?

Den Antworten auf diese Fragen nähert sich diese Arbeit in vier Schritten: Kapitel 2 dient als eine kurze Einführung in die historische Entwicklung von Wohlfahrtsstaaten in Lateinamerika

² Mit 0,53 liegt der regionale Durchschnitt des Gini-Koeffizienten für Einkommensungleichheit sogar noch über dem in den Ländern Subsahara-Afrikas gefundenen Wert (0,45) (vgl. Lustig et al. 2013: 139).

und stellt insbesondere gemeinsame Linien des Ursprungs und der folgenden Evolution von Sozialsystemen heraus. In diesem Zusammenhang interessiert insbesondere, ob es bestimmte gesellschaftliche, politische, ökonomische oder internationale Strukturen gibt, denen ein besonderer Stellenwert für die Untersuchung lateinamerikanischer Sozialstaaten beigemessen werden muss. Dieser Abschnitt wird zudem klären, warum sich gerade Lateinamerika für die Beantwortung der Forschungsfrage gut eignet. In Kapitel 3 werden die wichtigsten Theorien, die für die Erklärung von sozialstaatlichen Entwicklungen in OECD-Ländern entwickelt und herangezogen wurde, ausführlich vorgestellt und diskutiert. Auf Basis des Wissens aus dem vorhergehenden Kapitel und bisher vorliegender empirischer Evidenz wird geprüft, ob und inwiefern die theoretischen Erwartungen für den lateinamerikanischen Fall modifiziert werden müssen. Letztendlich werden hier eindeutige und empirisch überprüfbare Hypothesen formuliert. Kapitel 4 widmet sich im Anschluss der empirischen Analyse dieser Hypothesen. Mithilfe quantitativ-vergleichender Methoden wird dabei versucht, die Determinanten der Entwicklung von Sozialausgaben zu identifizieren. Als Datengrundlage dient ein Paneldatensatz für 18 lateinamerikanische Staaten, der den Zeitraum von 1970 bis 2000 abdeckt. In einem ersten Schritt werden dabei zunächst die verwendeten abhängigen und unabhängigen Variablen spezifiziert sowie ihre geeignete Operationalisierung diskutiert. Anschließend werden die wichtigsten Ergebnisse der statistischen Untersuchung ausführlich und mithilfe geeigneter grafischer Darstellungen vorgestellt und mögliche Gründe für die Befunde erörtert. Das Schlusskapitel fasst die Resultate der Arbeit prägnant zusammen und liefert eine begründete Antwort auf die Forschungsfrage.

2. Historische Entwicklungsmuster von Wohlfahrtsstaaten in Lateinamerika

In diesem Kapitel soll zunächst ein Blick auf die historischen Wurzeln und grundlegenden Besonderheiten wohlfahrtsstaatlicher Politik in Lateinamerika geworfen werden. Unter wohlfahrts- oder sozialstaatlicher Politik werden dabei im Allgemeinen alle staatlichen Aktivitäten und Maßnahmen zusammengefasst, die Bürgern Schutz und Absicherung vor den Risiken und Wechselfällen des Lebens wie Krankheit, Unfall, Invalidität, Arbeitslosigkeit, Alter oder Mutterschaft bieten sowie ein Mindestmaß an Lebensstandard und Chancengleichheit gewährleisten sollen (vgl. Schmidt et al. 2007: 21). Im klassischen Sinne umfasst dies einkommensumverteilende Sozialprogramme und –versicherungen (z.B. Renten-, Unfall- und Arbeitslosigkeitsversicherungen) wie auch das Gesundheits- und das Bildungssystem (vgl. Segura-Ubiergo 2007: 1, Haggard/Kaufman 2008: 3).

Wie in diesem Kapitel detailliert aufgezeigt wird, lässt sich die Entwicklung von Wohlfahrtsstaaten in Lateinamerika dabei länderübergreifend in zwei große Phasen unterteilen, die durch einschneidende Veränderungen rund um das Jahr 1980 voneinander getrennt werden. In den folgenden beiden Unterkapiteln werden die wichtigsten Entwicklungen sowie prägenden politischen, sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen beider Perioden herausgearbeitet. Ein kurzer Exkurs in die Literatur

der vergleichenden Wohlfahrtsregimeforschung ermöglicht wichtige Erkenntnisse zu den charakteristischen Strukturen und Akteuren, Programmen und Finanzierungsformen von Sozialstaaten in Lateinamerika. Zusammengenommen lässt dies den Schluss zu, dass lateinamerikanische Wohlfahrtsstaaten sowohl über ausreichend Vergleichbarkeit mit OECD-Sozialstaaten als auch über genügend Varianz untereinander verfügen, um die althergebrachten Theorien in diese neue Welt übertragen und dort überprüfen zu können.

2.1. Ursprünge und graduelle Expansion bis 1980

Die frühesten Wurzeln lateinamerikanischer Wohlfahrtsstaaten lassen sich verhältnismäßig weit zurückführen und das Auftauchen erster systematischer nationalstaatlicher Sozialgesetzgebung zu Beginn des 20. Jahrhunderts datieren. Als Pionierland gilt dabei Uruguay, wo der stark von europäischen Ideen beeinflusste Präsident der liberalen Colorado-Partei José Batlle y Ordoñez 1904 einen Rentenfonds für Staatsbeamte errichtete und diesen bis 1920 zu umfassenden Renten- und Unfallversicherungen ausbaute (Mesa-Lago 1978: 72). Auch in Chile wurden die ersten wohlfahrtsstaatlichen Grundlagen mit verschiedenen parlamentarischen Gesetzesinitiativen im Bereich der Rentenversicherung und Gesundheitsversorgung bereits Mitte der 1920er gelegt (Haggard/Kaufman 2008: 89). Diese Beispiele zeigen, dass sozialstaatliche Politik in einigen Ländern Lateinamerikas eine lange Tradition besitzt und diese Wohlfahrtsstaaten im Zeitpunkt ihrer Entstehung einige Staaten der OECD-Welt, wie etwa den nördlichen Nachbarn USA, mitunter deutlich übertreffen. Allerdings ist hervorzuheben, dass es hierbei große regionale Unterschiede zwischen den in dieser Arbeit betrachteten Ländern gibt. Carmelo Mesa-Lago, dessen bahnbrechende Studien zur sozialen Sicherung in Lateinamerika zu den Pionierarbeiten des Fachs zählen, unterscheidet drei Gruppen von Wohlfahrtsstaaten nach dem Zeitpunkt ihrer Entstehung (vgl. Mesa-Lago 1989: 3-6): Zur Gruppe der wohlfahrtsstaatlichen Vorreiterländer gehören neben Uruguay und Chile auch Argentinien und Brasilien, die in den 1920er Jahren die Fundamente für den in den nächsten Jahrzehnten erfolgten schrittweisen Ausbau des Sozialstaats legten. Die zweite Staatengruppe sah die Ursprünge ihrer Wohlfahrtssysteme erst im Zeitraum im und kurz nach dem Zweiten Weltkrieg begründet und umfasst Kolumbien, Costa Rica, Mexiko, Paraguay, Peru und Venezuela. In der verbleibenden Gruppe der sozialpolitischen Nachzügler, die neben Ecuador und Bolivien insbesondere die übrigen zentralamerikanischen Staaten beinhaltet, kann dagegen erst seit den 1950er und 1960er Jahren von systematischer wohlfahrtsstaatlicher Politik gesprochen werden.

Die vergleichende Forschung hat sich bereits intensiv mit den Ursprüngen von Wohlfahrtsstaaten beschäftigt und vor allem zu erklären versucht, zu welchem Zeitpunkt und nach welchem Schema die zugrundeliegenden politischen Prozesse abliefen. Dabei wurden zwei interagierende Erklärungsfaktoren für den lateinamerikanischen Fall besonders hervorgehoben: Die extrem hierarchische und stratifizierte Struktur der Gesellschaft sowie die verspätete und abhängige wirtschaftliche Entwicklung.

Auch nach der zumeist im frühen 19. Jahrhundert erlangten Unabhängigkeit, blieben die lateinamerikanischen Gesellschaften von den streng hierarchischen Herrschaftsformen der spanischen und portugiesischen Kolonialmächte geprägt. In den jungen Republiken übernahmen die neuen Eliten von den Kolonialherren oft einfach die Position an der Spitze der gesellschaftlichen Pyramide samt deren politischen und sozioökonomischen Privilegien. Die Folge war eine bis heute andauernde extrem ungleiche Verteilung von Landbesitz und Kapital, die sich in enorme politische Einflussmöglichkeiten der Oberschicht übersetzte. Wie Mesa-Lago (1978: 7) darstellt, konnten sich in einem solchen Umfeld nur sehr gut organisierte Interessengruppen behaupten und ihre politischen Forderungen durchsetzen. Auch die Ursprünge von Wohlfahrtsstaaten spiegeln diese gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse wider. Evelyn Huber (1996: 147) skizziert einen graduellen Prozess der Einführung und Ausweitung sozialpolitischer Maßnahmen, der sich in vielen Ländern in ähnlicher Form beobachten ließ: Wie im oben angerissenen uruguayischen Fall, waren spezifische Wohlfahrtsprogramme für Militärangehörige und hochrangige Staats- und Justizbeamte der Ausgangspunkt der Entwicklung. Im Anschluss wurde die Reichweite ähnlicher Programme auf gut organisierte, konfliktfähige und in strategisch wichtigen wirtschaftlichen Sektoren tätige Teile der Mittel- und Arbeiterklasse wie Journalisten, Lehrer und Bankmitarbeiter sowie Hafen- und Schienenarbeiter ausgeweitet. Erst später wurden Sozialleistungen auch für breite Teile der Mittel- und insbesondere der Arbeiterschicht eingeführt und wiederum anschließend für Selbstständige. Den Schlusspunkt setzte die Ausweitung der Reichweite auf Teile der im landwirtschaftlichen Sektor Beschäftigten. Diese graduelle Expansion dauerte oft über mehrere Jahrzehnte an und führte im Ergebnis insbesondere zu einem sehr hohen Grad an Fragmentierung der wohlfahrtsstaatlichen Programme, mit stark unterschiedlichen und mitunter ungleichen Anspruchsberechtigungen je nach Art und Sektor der Beschäftigung. Ebenfalls verdeutlicht dieser Ausweitungsprozess, dass Sozialleistungsansprüche in Lateinamerika in der Regel an eine formale Beschäftigung gebunden sind, was im Umkehrschluss bedeutet, dass im informellen Sektor Beschäftigte durch das Raster fallen. Viele Autoren (vgl. Segura-Ubiergo 2007: 27, Haggard/Kaufman 2008: 8) betonen insbesondere den *Top-down* Charakter dieses Prozesses, wobei die Einführung wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen weniger als Ergebnis politischen Drucks organisierter Klasseninteressen von unten, sondern vielmehr als Strategie der Eliten von oben zur Eindämmung und Kooptation wachsender Bewegungen der Arbeiterklasse und der urbanen Mittelschicht zu verstehen ist.

Der zweite Erklärungsfaktor fußt auf einem der einflussreichsten Narrative in der Literatur der politischen Ökonomie Lateinamerikas, der Theorie der *Dependencia*, welche die Abhängigkeit der verspäteten wirtschaftlichen Entwicklung vom reichen Norden als Hauptursache für viele der chronischen Probleme Lateinamerikas betont³. Huber und Stephens betonen ausdrücklich, dass die Entstehung und Expansion von Wohlfahrtsstaaten

³ Für eine ausführliche Darstellung zur Geschichte und den theoretischen Grundlagen der *Dependencia*-Literatur und ihres bis heute fortbestehenden Einflusses in lateinamerikanischer Politik und Wissenschaft siehe Werz (2013: 198-210).

in Lateinamerika nur in diesem Kontext und der daraus abgeleiteten wirtschaftlichen Entwicklungsstrategien verstanden werden kann (Huber/Stephens 2012: 73). Als nach der Jahrhundertwende die ersten Sozialprogramme entstanden, waren die meisten lateinamerikanischen Volkswirtschaften noch stark agrarisch geprägt und maßgeblich von Nahrungsmittel- und Rohstoffexporten ins westliche Ausland abhängig. Dies förderte das Entstehen einer urbanen Mittelschicht und führte wie zuvor beschrieben zur Einführung einer speziell auf ihre Interessen zugeschnittene Wohlfahrtspolitik. Im Unterschied zu dem sich auf einem ähnlichen Entwicklungsniveau befindlichen Europa des 19. Jahrhunderts ging in Lateinamerika also die Urbanisierung der Industrialisierung und dementsprechend dem Entstehen einer einflussreichen Arbeiterklasse voraus (Huber 1996: 146). Seit den 1930ern setzte in Folge der Weltwirtschaftskrise in vielen Ländern eine bewusste Neuorientierung der Wirtschaftspolitik ein, in dessen Zuge mit der Strategie der importsubstituierenden Industrialisierung (ISI) ein Entwicklungsschub von innen heraus angestrebt wurde (vgl. Werz 2013: 199). Dieses stark protektionistische Modell sah vor, die Abhängigkeit von Importen aus dem Ausland durch die Stärkung und den Aufbau einer eigenen heimischen Industrie zu senken. Die charakteristischen Maßnahmen umfassten die extensive Nutzung hoher Einfuhrzölle und rigider Wechselkurssysteme zur Senkung des Wettbewerbsdrucks sowie eine enorme staatliche Subventionierung von Industriebetrieben. Das ISI-Modell war in den großen Flächenstaaten mittleren Einkommens wie Argentinien, Brasilien, Chile, Mexiko aber auch in Uruguay bereits seit den 1930ern besonders ausgeprägt, wurde aber seit den 1950ern nach und nach auch von den kleineren Andenstaaten und den Ländern Zentralamerikas übernommen und dominierte bis weit in die 1970er alle Volkswirtschaften der Region (vgl. Haggard/Kaufman 2008: 61f.). Aus wohlfahrtsstaatlicher Perspektive erleichterte ISI die graduelle Ausweitung von Sozialversicherungssystemen auf weitere Teile der Bevölkerung, da Arbeitgeber höhere Sozialbeiträge ohne ausländischen Wettbewerbsdruck einfach über Preiserhöhungen an die Konsumenten weitergeben konnten (Huber 1996: 144). Trotz zunehmender Wachstumsraten gelang es aber nicht, ein mit den OECD-Staaten vergleichbares Niveau an Industrialisierung zu erreichen, weshalb in der Literatur auch von einem *unvollständigen Fordismus* gesprochen wird. Da der landwirtschaftliche Sektor folglich weiter eine dominante Rolle spielte und dort ein Großteil keiner formalen Beschäftigung nachgeht, sind Schätzungen zu Folge bis heute länderübergreifend 45 % der Arbeiter im informellen Sektor tätig und dementsprechend vom Sozialstaat nur unzureichend erfasst (vgl. Huber/Stephens 2012: 22-24).

Aufgrund der herausragenden Bedeutung des protektionistischen ISI-Modells für die formative Periode der Wohlfahrtsstaaten, bezeichnet Segura-Ubierno (2007: 4) diese auch als *Prä-Globalisierungsphase*. An deren um 1980 verorteten Ende ordnet er die lateinamerikanischen Wohlfahrtsstaaten nach dem Grad ihrer Ausgeprägtheit. Es überrascht dabei nicht, dass mit Chile, Uruguay, Argentinien, Brasilien sowie Costa Rica⁴ fast nur jene Länder die generösesten Wohlfahrtsstaaten aufweisen, die schon früh erste

⁴ Costa Rica bildet die Ausnahme, der es als einzigem Land außerhalb der Pioniergruppe gelang, ein vergleichbares System an wohlfahrtsstaatlichen Leistungen aufzubauen (Segura-Ubierno 2007: 27).

Sozialprogramme einführen und besonders intensiv das ISI-Modell verfolgten⁵ (Segura-Ubiergo 2007: 30). Wie Huber und Stephens (2012: 81-82) feststellen, lassen sich dabei zwei Pfade auf dem Weg zu einem generösen Wohlfahrtsstaat in der Prä-Globalisierungsphase unterscheiden: Ein demokratischer Weg, der in Chile, Uruguay und Costa Rica verfolgt wurde, sowie ein elitengesteuerter kooptativer Weg in Argentinien und Brasilien, bei dem autoritäre Führer wie Juan Perón und Getúlio Vargas enge Verbindungen zu Arbeiterbewegungen aufbauten. Mit Hilfe einer *Qualitative Comparative Analysis* kommt Segura-Ubiergo (2007: 48-66) zu einem ähnlichen Ergebnis. Er kann jedoch ergänzend herausarbeiten, dass bei wirtschaftlich günstigen Bedingungen im ISI-Modell ein demokratisches Regierungssystem oder linksdominierte Regierungen hinreichende Faktoren für einen ausgebauten Wohlfahrtsstaat darstellten, wohingegen bei wirtschaftlich ungünstiger Ausgangslage, wie im Falle Costa Ricas, beide Variablen gegeben sein mussten.

2.2. Wirtschaftliche Turbulenzen und Demokratisierungswelle seit 1980

Alle bisher vorliegenden Studien stellen die frühen 1980er als entscheidende Zäsur für lateinamerikanische Wohlfahrtsstaaten heraus, in denen sich der Kontext für ihre weitere Entwicklung radikal änderte (vgl. u.a. Huber 1995, Segura-Ubiergo 2007, Haggard/Kaufman 2008, Huber/Stephens 2012). Zum einen wurde die gesamte Region von einer schwerwiegenden Schuldenkrise erfasst, die in einer jahrelangen tiefen Rezession mündete und als die *verlorene Dekade* in Erinnerung geblieben ist. Zum anderen erlebte Lateinamerika eine bis dato beispiellose Folge von Regimewechseln, an deren Ende alle Staaten demokratische Regierungssysteme aufwiesen.

Die 1982 als Schuldenkrise begonnene und bis 1990 andauernde schwerste Wirtschaftskrise in der Geschichte Lateinamerikas hatte sich bereits einige Jahre zuvor angedeutet. Aufgrund der protektionistischen Maßnahmen der ISI-Entwicklungsstrategie wies der Großteil der lateinamerikanischen Staaten bereits in den 1970ern massive Zahlungsbilanzdefizite auf. Die Ölschocks Mitte der 1970er Jahre und der darauffolgende Nachfrageeinbruch in den Industrienationen verschlimmerte die Situation der Staatshaushalte so gravierend, dass beginnend mit Mexiko 1982 reihenweise Länder ihre Auslandsschulden nicht mehr begleichen konnten. Diese Krise breitete sich in rasanter Weise über den gesamten Kontinent aus und stürzte fast alle Staaten in tiefe Rezessionen (vgl. Huber 1996: 160). Wie Huber und Bogliaccini (2010: 646) ausführen, hatten auch die durch die steigende Lebenserwartung der Bevölkerung, wachsende Kosten im Gesundheitssystem und Nichtzahlung von Sozialabgaben unter Druck und ins Defizit geratenen Wohlfahrtsstaaten zu dieser Entwicklung beigetragen. Im Verlauf der Krise verschlimmerte sich deren Finanzierungssituation durch die aufgrund wachsender Arbeitslosigkeit und steigender

⁵ In der Literatur gibt es eine breite Übereinstimmung, diese fünf Länder als die fortschrittlichsten Wohlfahrtsstaaten Lateinamerikas zu bezeichnen. Ähnliche Cluster finden sich etwa in den Arbeiten von Mesa-Lago (1989:40) und Huber/Stephens (2012: 78). Gelegentlich wird auch das in dieser Arbeit aus den in Kapitel 4 benannten Gründen nicht betrachtete Kuba zu dieser Gruppe hinzugefügt (vgl. Mesa-Lago 1989).

informeller Beschäftigung sinkenden Einnahmen sowie durch die hohen Inflationsraten weiter. In der Folge mussten viele Staaten Kreditunterstützung und die Aufnahme in Sonderprogramme bei internationalen Finanzinstitutionen (IFI) beantragen. Im Rahmen der damals in diesen Institutionen vorherrschenden neoliberalen Agenda des *Washington Consensus*, nahmen insbesondere der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank eine führende Rolle in der Umsetzung struktureller Anpassungsprogramme in Lateinamerika ein. Wichtige Maßnahmen umfassten dabei die massive Rückführung von Staatsausgaben, die flächendeckende Privatisierung des öffentlichen Sektors und insbesondere weitreichende Liberalisierungs- und Deregulierungsreformen im grenzüberschreitenden Güter- und Kapitalverkehr durch den Abbau von Handelsbeschränkungen, die Erleichterung von ausländischen Direktinvestitionen und die Abschaffung von Preissubventionen (vgl. Huber 1996: 161). Im Bereich der Sozialpolitik rückten insbesondere die Rentenversicherungssysteme in den Fokus, wobei das Ausmaß der Reformen zwischen den Ländern beträchtlich variierte: Es reichte dabei von einer vollständigen Privatisierung wie in Chile bis zu kleineren Änderungen in der Finanzierung der bestehenden öffentlichen Systeme wie in Brasilien (Huber/Bogliaccini 2010: 647). Insgesamt lässt sich festhalten, dass alle lateinamerikanischen Länder im Laufe der 1980er die Abkehr vom ISI-Modell hin zu einer exportorientierten Entwicklungsstrategie vollzogen und die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung in die zweite Phase der *Post-Globalisierung* übergang (Segura-Ubiergo 2007: 39).

Zum Ende der 1970er konnten mit Kolumbien, Venezuela und Costa Rica nur drei Länder als Demokratien eingestuft werden (vgl. Hagopian/Mainwaring 2005: 2-3). Seit 1978 setzte eine in der Geschichte Lateinamerikas in diesem Ausmaß bis dato nichtgesehene Abfolge an Regimewechseln ein, die Samuel Huntington in das von ihm global beobachtete Phänomen einer *dritten Demokratisierungswelle* einfasste (Huntington 1991: 21-26)⁶. In diesen Zusammenhang fiel nicht nur die Redemokratisierung der zum Teil seit Mitte der 1960er von bürokratisch-autoritären Regimen und brutalen Militärdiktaturen regierten Peru (1980), Argentinien (1983), Brasilien, Uruguay (jeweils 1985) sowie schließlich Chile (1990). Bemerkenswerterweise betraf diese Entwicklung etwa mit Ecuador (1979), Bolivien, Honduras (jeweils 1982) und dem mexikanischen *dominanten Einparteiensystem* (Sartori 1976) (schrittweise seit 1985) sogar Länder, die bis dato noch gar keine demokratische Phase erlebt hatten. Zum 1991 verorteten Ende dieser (Re-)Demokratisierungswelle wiesen alle in dieser Arbeit betrachteten lateinamerikanischen Staaten ein demokratisches oder zumindest semidemokratisches Regierungssystem auf. Mit Ausnahme des autoritären Intermezzo von Alberto Fujimori (1992-2000) in Peru und den demokratischen Rückschritten im chavistischen Venezuela (seit 2002) erlebt Lateinamerika seither die längste andauernde Phase stabiler demokratischer Regierungssysteme seit der Unabhängigkeit, auch wenn es starke nationale Unterschiede in den Messungen des Demokratieniveaus gibt (vgl. Haggard/Kaufman 2008: 263; Werz 2013: 285).

⁶ Für eine anschauliche Übersicht aller Regimewechsel in Lateinamerika seit 1945 siehe Hagopian/Mainwaring (2005: 3).

Nach einer Dekade einschneidender Veränderungen gerieten die lateinamerikanischen Länder seit 1990 auch aus ökonomischer Perspektive wieder in ruhigeres Fahrwasser. In den 1990ern verbesserten sich trotz zwischenzeitlicher Turbulenzen durch die mexikanische Tequila-Finanzkrise 1994/95 und den argentinischen Staatsbankrott 2001 die makroökonomischen Rahmenbedingungen signifikant und so bestand auch für wohlfahrtsstaatliche Politik wieder ein größerer fiskalischer Spielraum. Mit dem seit 2002 einsetzenden Rohstoffboom und der in vielen Ländern anhaltenden Phase wirtschaftlichen Wachstums setzte sich dieser Aufschwung fort (vgl. Haggard/Kaufman 2008: 264-265).

Zum Ende des in dieser Arbeit betrachteten Beobachtungszeitraums ist noch eine weitere politische Kontextänderung von Relevanz, welche in der Forschung als neuer *Linksruck* in Lateinamerika bezeichnet wird (Werz 2013: 286). Seit der Jahrtausendwende hat ein Großteil insbesondere südamerikanischer Staaten den Aufstieg von gemäßigt linken bis linkspopulistischen Regierungen erlebt. Zu ersteren werden üblicherweise die Präsidentschaften von Luiz Inácio Lula da Silva und Dilma Rousseff in Brasilien (seit 2002), Ricardo Lagos und Michelle Bachelet in Chile (2000-2010, wieder seit 2014) sowie Néstor und Cristina Kirchner in Argentinien (2003-2015) gezählt. Einer radikaleren Spielart werden insbesondere Hugo Chávez in Venezuela (1999-2013), Evo Morales in Bolivien (seit 2006), Rafael Correa in Ecuador und Daniel Ortega in Nicaragua (jeweils seit 2007) zugerechnet. Viele dieser Regierungen haben zumindest den Anspruch umfangreicher wohlfahrtsstaatlicher Reformprogramme erhoben, dessen Wirklichkeit und Effektivität es allerdings zu überprüfen gilt.

2.3. Charakteristika lateinamerikanischer Wohlfahrtsregime

Esping-Andersen hat in seinem in der Einleitung erwähnten Hauptwerk *Drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus* das theoretische Konzept der Wohlfahrtsregime entwickelt, das sich in der Folge als eine der fruchtbarsten Methoden in der vergleichenden Sozialstaatsliteratur etablierte. Dabei versteht er Wohlfahrtsregime als einen im Gegensatz zum Wohlfahrtsstaat weiter gefassten Begriff, der alle in Sozialpolitik involvierte Institutionen und Praktiken umfasst und so der Komplexität der systematischen Verwobenheit in der Beziehung zwischen Staat, Gesellschaft und Ökonomie besser gerecht wird. In dieser Definition des Regimebegriffs sind also explizit auch nichtstaatliche Formen der Bereitstellung von Wohlfahrt durch Familien oder soziale Gemeinschaften beinhaltet (Esping-Andersen 1990: 2; Wehr 2011: 262, Schmidt et al. 2007: 261). Zwar steht eine Analyse aus einer Wohlfahrtsregimeperspektive nicht im Zentrum dieser Arbeit, ein kurzer Exkurs in diese Literatur erlaubt jedoch wichtige Erkenntnisse zu den charakteristischen Merkmalen lateinamerikanischer Sozialpolitik, die für die Erklärung wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung von Bedeutung sind.

Wood und Gough (2006: 1698) identifizieren drei grundlegende Analysekategorien in Esping-Andersens Regimekonzept: Erstens wird nach den Produzenten der Wohlfahrt gefragt und

welche Rolle die drei maßgeblichen Akteure Staat, Markt und Familie dabei einnehmen. Zweitens wird der Grad der *De-Kommodifizierung* als Outcomevariable des Sozialsystems eingeführt, der das Ausmaß, mit dem Individuen von Marktrisiken isoliert werden, beschreibt. Die dritte Komponente beschreibt den Stratifizierungseffekt des Wohlfahrtsregimes, d.h. in welchem Umfang soziale Schichtung und Ungleichheiten von diesem reproduziert werden. Durch Anwendung dieses Konzepts ordnete Esping-Andersen die Länder der OECD-Welt in eine Typologie von drei Wohlfahrtsregimen ein, welche er in Anlehnung an ihre ideengeschichtlichen Wurzeln in eine *sozialdemokratische*, eine *liberale* und eine *konservativ-korporatistische* Variante unterteilte (vgl. Esping-Andersen 1990: 26-29).⁷ In einer mittlerweile weitestgehend anerkannten Weiterentwicklung der Typologie haben einige Forscher ein weiteres spezifisches *südeuropäisches* Wohlfahrtsregime, welches Merkmale des konservativen und des liberalen Typus vereint, herausgestellt (Leibfried 1992, Ferrera 1996).

Eine Vielzahl jüngerer Studien hat den Versuch unternommen, das Konzept der Wohlfahrtsregime und Esping-Andersens Typologie auch auf Lateinamerika zu übertragen (u.a. Barrientos 2004, 2009; Faust/Lauth/Muno 2004; Wood/Gough 2006; Rudra 2007; Martínez Franzoni 2008; Seekings 2008). Laut Barrientos (2009: 92) hat sich dabei gezeigt, dass sich der Regimeansatz verhältnismäßig gut und gewinnbringend auf den lateinamerikanischen Kontext anwenden lässt. Obwohl manche Autoren weiter intraregional differenzieren und Subkategorien entwickeln (vgl. Martínez Franzoni 2008: 88), argumentiert Barrientos, dass, trotz der mitunter recht großen Unterschiede im Ausbau der Wohlfahrtsstaaten zwischen den Ländern, ein spezifisches lateinamerikanisches Wohlfahrtsregime mit einigen gemeinsamen Charakteristika existiert. Dabei sei es dem von Esping-Andersen in Kontinentaleuropa, etwa in Deutschland und Frankreich, verorteten konservativ-korporatistischen Typ am ähnlichsten und weise einige Gemeinsamkeiten mit diesem auf. Im Zuge des oben beschriebenen *top-down* Prozesses der Implementierung und der Ausweitung wohlfahrtsstaatlicher Politik wurden in allen lateinamerikanischen Ländern auf den Prinzipien des Bismarck'schen Modells der Sozialversicherung beruhende Systeme installiert. Sozialpolitische Ansprüche sind in diesem Modell an (männliche) Lohnarbeit und formale Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt gekoppelt. Beiträge und Leistungen werden gemäß des Äquivalenzprinzips nach Einkommenshöhe gestaffelt (vgl. Wehr 2011: 270). Aufgrund der graduellen Expansion der Sozialsysteme ergab sich die ebenfalls für das konservative Modell typische starke Fragmentierung mit unterschiedlichen Programmen je Berufsgruppe. Wibbels und Ahlquist (2011: 126) zeigen zudem, dass eine protektionistische Entwicklungsstrategie im Rahmen des ISI-Modells zu einer stärkeren Implementierung von auf dem Prinzip der Sozialversicherung beruhenden Wohlfahrtsprogrammen führte.

⁷ Für eine kompakte Darstellung der wichtigsten Merkmale der drei Regimetypen, Esping-Andersens Zuordnung der OECD-Länder und deren empirische Methodik sowie eine Übersicht über Kritik an der Typologie siehe beispielsweise Arts/Gelissen (2010) oder Schmidt et al. (2007: 260-276).

Der entscheidende Unterschied zum kontinentaleuropäischen Regime liegt darin, dass es in den lateinamerikanischen Wohlfahrtsstaaten aufgrund der unvollständigen Industrialisierung und der somit fortbestehenden hohen Informalität der Beschäftigungsverhältnisse nicht gelang, die Sozialleistungen zu universalisieren und auf die gesamte Bevölkerung auszudehnen. Die Reichweite der Sozialsysteme schwankt zwar beträchtlich zwischen den Ländern, erreicht aber selbst in den fortschrittlichsten Staaten selten mehr als 70 Prozent der Bevölkerung (vgl. Huber/Bogliaccini 2010). Insbesondere Landarbeiter, Frauen und Indigene, die mehrheitlich im häuslichen oder informellen Sektor tätig sind, bleiben von sozialstaatlichen Leistungen ausgeschlossen, während sich eine schmale Schicht einflussreicher Anspruchsprivilegierter mit europäischen Niveaus vergleichbare Wohlfahrtsprogramme erstreiten konnte (Wehr 2011: 271). Diese fehlende Breite der mitunter recht weit ausgebauten lateinamerikanischen Sozialsysteme veranlasst Barrientos (2004) dazu, ein *konservativ-informelles* Wohlfahrtsregime in der Region zu identifizieren.

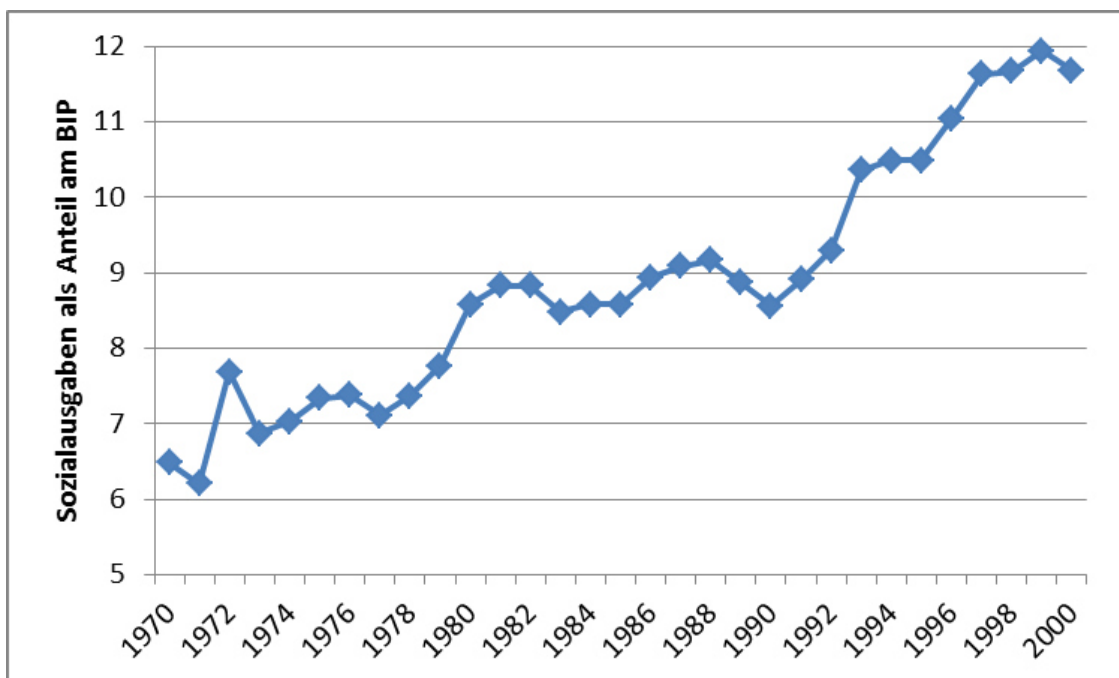
Aus Sicht der Esping-Andersen'schen Analyseketegorien kommt in Lateinamerika der Familie und der sozialen Gemeinschaft neben der unvollständigen Bereitstellung durch den Staat eine Schlüsselrolle bei der Wohlfahrtsproduktion zu (vgl. Wood/Gough 2006: 1705). Die hohe Informalität führt zudem dazu, den stark stratifizierenden Effekt von Sozialversicherungssystemen zu verstärken und bestehende soziale Ungleichheiten und Statusunterschiede zu reproduzieren (Wehr 2009: 181). Wie Wehr (2011: 271-272) ausführt, wird diese Tendenz durch die enge Steuerbasis und die geringe Kapazität lateinamerikanischer Fiskalstaaten intensiviert, die zum Großteil über indirekte Steuern wie die Mehrwertsteuer finanziert werden und somit die Kosten für den Wohlfahrtsstaat auf die gesamte Bevölkerung überwälzen. All dies trägt letztlich zum bemerkenswerten Befund bei, dass Sozialversicherungen in Lateinamerika, anders als in OECD-Staaten, regressiv wirken und zu einer Umverteilung von unten nach oben beitragen. So haben umfangreiche Studien der regionalen UN-Wirtschaftskommission CEPAL gezeigt, dass zwischen 45% der Sozialversicherungsausgaben in Costa Rica und gar 80% in Kolumbien ausschließlich an das oberste Einkommensquintil fließen (ECLAC 2005: 140-147).

Im Zuge der einschneidenden neoliberalen Reformprogramme der 1980er Jahre wurden in vielen Ländern Sozialversicherungssysteme maßgeblich umgebaut und teilweise vollständig privatisiert, was Barrientos (2009: 91-94) dazu veranlasst hat, einen beginnenden Wechsel hin zu einem *liberal-informellem* Regime zu verorten, wenngleich diese Einschätzung umstritten ist. Es besteht hingegen Konsens hinsichtlich der Tatsache, dass die maßgeblichen Charakteristika der hohen Informalität und Regressivität von Sozialtransfers lateinamerikanischer Wohlfahrtsregime weiter fortbestehen (vgl. Huber/Mustillo/Stephens 2008: 424). Dies führt Wehr zum pessimistischen Fazit, Sozialstaaten in Lateinamerika als „*Bismarck in seiner schlechtesten Form*“ (2009: 178) zu betiteln.

2.4. Eignung lateinamerikanischer Wohlfahrtsstaaten als Untersuchungsobjekt

Eines der primären Ziele dieser Arbeit ist der Übertragbarkeitstest von Theorien der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung in Länder außerhalb des gängigen OECD-Kontexts. Natürlich stellt Lateinamerika dabei nicht die einzig denkbare Region für eine solche Untersuchung dar und wie Arts und Gelissen (2010: 557) ausführen, sind insbesondere auch *emerging welfare regimes* im postkommunistischen Osteuropa und den Schwellenländern Ostasiens in den verstärkten Fokus der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung gerückt. Dennoch lassen sich einige überzeugende Gründe finden, weshalb lateinamerikanische Wohlfahrtsstaaten eine in besonderem Maße geeignete Analysegrundlage darstellen. Erstens hat der historische Überblick gezeigt, dass mehrere lateinamerikanische Staaten wie Uruguay und Chile schon früh zu Beginn des 20. Jahrhunderts und somit zu einem vergleichbarem Zeitpunkt wie einige OECD-Länder wohlfahrtsstaatliche Strukturen installiert und anschließend systematisch erweitert haben. Wie im vorherigen Kapitel aufgezeigt, haben sich dabei fast alle Länder mehr oder weniger bewusst an europäischen Vorbildern orientiert und insbesondere Sozialversicherungssysteme mit weitreichenden Ähnlichkeiten zum in Kontinentaleuropa verorteten konservativen Wohlfahrtsregimetyp aufgebaut. Ein solches zeitliches wie inhaltliches Muster lässt sich in keiner anderen Region außerhalb der OECD beobachten und Lateinamerika wurde somit von Mesa-Lago folgerichtig auch als „*leader of social security development in the Third World*“ (1989: xv) betitelt. Zweitens müssen für die Erklärung von sozialstaatlichen Entwicklungen überhaupt signifikante Veränderungen stattgefunden haben, die einer solchen bedürfen.

Abbildung 1 Entwicklung der Sozialausgaben als Anteil am BIP in Lateinamerika, 1970-2000



Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage von Huber/Stephens/Mustillo/Pribble (2008).

In Abbildung 1 lässt sich sehr gut erkennen, wie die wohlfahrtsstaatlichen Aufwendungen im Untersuchungszeitraum, gemessen als länderübergreifender Durchschnitt des Anteils der Sozialausgaben am BIP, insgesamt stark gestiegen sind. Die Anwendbarkeit von hauptsächlich im Kontext der Expansion von Wohlfahrtsstaaten in der OECD entwickelten Theorien scheint somit plausibel. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass in der Abbildung entgegen eines aufgrund der schweren Wirtschaftskrise in den 1980ern zu vermutenden Rückgangs, lediglich eine gewisse Stagnation in den Sozialausgaben zu beobachten ist. Jedoch lässt sich dies einfach dadurch erklären, dass die verwendete Maßzahl in Relation zum BIP definiert ist und aufgrund der zum Teil starken Kontraktion der Produktion trotz Rückgangs der absoluten Sozialausgaben die Sozialleistungsquote konstant blieb.

Tabelle 1 Durchschnittliche Sozialausgaben als Anteil am BIP pro Land, 1970-2000

Land	Sozialausgaben als Anteil am BIP	davon Ausgaben als Anteil am BIP für		
		Soziale Sicherung und Wohlfahrt	Gesundheit	Bildung
Uruguay	18,67	13,71	2,27	2,70
Chile	14,62	8,68	2,24	3,70
Panama	13,77	4,15	4,57	5,06
Costa Rica	13,18	3,71	4,62	4,85
Brasilien	12,53	7,77	2,41	2,35
Argentinien	10,99	5,55	2,55	2,89
Nicaragua	8,78	3,00	2,45	3,33
Mexiko	8,44	2,94	2,43	3,06
Bolivien	7,70	2,22	1,22	4,27
Kolumbien	7,33	1,76	2,16	3,41
Venezuela	7,24	1,83	1,51	3,90
Honduras	6,67	0,70	2,16	3,81
Ecuador	4,81	0,17	1,12	3,52
Paraguay	4,72	2,23	0,59	1,90
Peru	4,70	0,91	0,97	2,81
Dom. Republik	4,38	0,87	1,58	1,93
El Salvador	4,19	0,53	1,14	2,52
Guatemala	3,23	0,61	0,92	1,70

Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage von Huber/Stephens/Mustillo/Pribble (2008).

Neben diesem allgemeinen Entwicklungstrend für die Region, verdeutlicht dagegen Tabelle 1, dass es nach wie vor eine deutliche Varianz zwischen den Ländern hinsichtlich der Größe der Wohlfahrtsstaaten gibt. Spitzenländer wie Uruguay und Chile erreichen dabei Werte, die auf dem Niveau einiger europäischer Vorzeigewohlfahrtsstaaten wie Deutschland oder

Norwegen liegen⁸, während Guatemala oder El Salvador zu den globalen Schlusslichtern zählen (vgl. Segura-Ubiergo 2007: 13). Die Auflistung bestätigt zudem das in der Literatur gefundene Muster, dass die wohlfahrtsstaatlichen Pioniere Uruguay, Chile, Argentinien, Brasilien sowie Costa Rica nach wie vor die umfangreichsten Sozialstaaten aufweisen. Panama sticht an dieser Stelle mit unerwartet hohen Sozialausgaben heraus, was jedoch auf die hohen Bildungsausgaben zurückzuführen ist. Das letzte Argument pro Lateinamerika verweist auf die Besonderheit der durch die rasche Globalisierung und die Demokratisierungswelle durchlebte politische und wirtschaftliche Zäsur um 1980. Aus Sicht der vergleichenden Forschung besteht ein großes Interesse zu erörtern, wie sich diese Faktoren auf die sozialpolitische Entwicklung auswirken (vgl. Arts/Gelissen 2010: 578).

3. Theorien der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung

Die vergleichende Forschung verfügt mittlerweile über ein umfangreiches Instrumentarium verschiedener Theorien, die zur Erklärung der Entwicklung von Wohlfahrtsstaaten herangezogen werden können. Ausgehend von den Begrifflichkeiten der von der Heidelberger Schule um Manfred G. Schmidt (vgl. 2005; Schmidt et al. 2007) geprägten vergleichenden Staatstätigkeitsforschung, unterscheiden Obinger und Kittel (2003: 361) vier übergeordnete Theorieschulen wohlfahrtsstaatlicher Expansion: funktionalistische, konflikttheoretische, institutionelle und internationale Ansätze.

Natürlich wurden diese Theorien gemäß des Schwerpunktes der Disziplin im Kontext der Entwicklung von Industriestaaten formuliert. Aufgabe dieses Kapitels ist es nun einerseits, die grundlegenden Annahmen, Mechanismen und Thesen der Ansätze im OECD-Kontext einzuführen und andererseits, auf Basis des bis hier erschlossenen Wissens zu diskutieren, inwiefern die theoretischen Erwartungen auf lateinamerikanische Wohlfahrtsstaaten übertragbar sind und ob sie gegebenenfalls modifiziert werden müssen. Erst damit ist die Formulierung operationalisierbarer Hypothesen für die quantitative Analyse möglich.

3.1. Sozioökonomische Determinanten

Diese mit Abstand älteste Theorieschule wird in der Literatur oft auch als *Logik des Industrialismus* beschrieben, welche der Entwicklung von Wohlfahrtsstaaten zu Grunde liegt. Im Zuge eines umfassenden Modernisierungsprozesses werden Ökonomie und Gesellschaft von tiefgreifenden Veränderungen erfasst. Hierzu gehören beispielsweise der Übergang von einer agrarischen zu einer industriellen Produktion, zunehmende Urbanisierung, aber auch Veränderungen in der demografischen Struktur und der Wandel der gesellschaftlichen Rolle der Familie. Sozialstaatliche Strukturen entstehen dabei gewissermaßen als Nebenprodukt

⁸ Noch deutlicher zeigt sich dies, verwendet man den Anteil der Sozialausgaben an den gesamten Staatsausgaben als Maßzahl. Leider lag diese in den verwendeten Daten nicht in ausreichendem Maße vor, doch zeigen Werte von Segura-Ubiergo (2007: 14), dass in diesem Fall Costa Rica und Uruguay sogar mit europäischen Spitzenreitern wie Schweden und die Niederlande konkurrieren können.

dieses Prozesses und als Reaktion auf dadurch neu geschaffene soziale Problemlagen. Nach dem vom deutschen Nationalökonom Adolph Wagner bereits Ende des 19. Jahrhunderts propagierten *Gesetz der wachsenden Staatsausgaben*, führt wirtschaftliche Entwicklung zu einem dauerhaften Wachstum des öffentlichen Sektors und somit auch einer Erhöhung der wohlfahrtsstaatlichen Aufwendungen (vgl. Schmidt et al. 2007: 32). In umfangreichen statistischen Analysen konnte Wilensky (1975) einen positiven Zusammenhang zwischen diesen Variablen in entwickelten Ländern aufzeigen. Er argumentiert jedoch über einen etwas anderen Wirkungskanal, bei dem dauerhaftes Wirtschaftswachstum den demografischen Wandel und die Alterung der Gesellschaft beschleunigt. Wie Pampel und Williamson anmerken (1989: 26), muss in diesem Fall der Wohlfahrtsstaat aufgrund des Aufbrechens der traditionellen Rolle der Familie als soziales Sicherheitsnetz diese Funktion neu übernehmen. Unabhängig vom genauen Kausalmechanismus sollte hervorgehoben werden, dass es sich bei all diesen Ansätzen um explizit funktionalistische Theorien handelt, bei denen die sozioökonomischen Determinanten als exogene Faktoren auf den Wohlfahrtsstaat wirken und dessen Entwicklung quasi automatisch vorantreiben. Laut Schmidt (2005: 209) weisen diese Variablen nach wie vor eine hohe Erklärungskraft für Niveau und Varianz von Wohlfahrtsstaaten in OECD-Ländern auf.

Die Beobachtung, dass gerade die als relativ entwickelte *middle income countries* geltenden Länder des Südkegels, Argentinien, Chile und Uruguay, zu den wohlfahrtsstaatlichen Vorreitern zählen, legt die Vermutung nahe, dass der Stand der wirtschaftlichen Entwicklung auch in Lateinamerika eine wichtige Rolle spielt. Dennoch sind mit Blick auf die bisherigen Erkenntnisse hinsichtlich anderer sozioökonomischer Determinanten einige Modifikationen und Erweiterungen dieser theoretischen Erwartungen angebracht. Wie in Kapitel 2.1. aufgezeigt, ging, im Gegensatz zu Europa, die Urbanisierung der Industrialisierung in lateinamerikanischen Ländern voraus. Insbesondere das Entstehen einer konfliktfähigen urbanen Mittelschicht war dabei ein Schlüsselfaktor im graduellen Ausweitungsprozess von Sozialprogrammen. Demgemäß sollte insbesondere der durchschnittliche Grad der Urbanisierung einen wichtigen Beitrag zur Erklärung von Varianz im Ausmaß wohlfahrtsstaatlicher Programme liefern. Die Bedeutung der mitunter unvollständigen Industrialisierung sollte sich speziell über ihre dargestellten Effekte auf den Arbeitsmarkt bemerkbar machen. Bleibt ein signifikanter Teil der Erwerbspersonen weiter in der Landwirtschaft tätig, besteht ein großer informeller Sektor fort und bestimmt somit die mangelnde Reichweite und die fehlenden Einnahmen der Wohlfahrtsstaaten.

Eine andere, in der OECD-Literatur nur am Rande betrachtete, Variable verdient im lateinamerikanischen Kontext größere Beachtung. Eines der charakteristischen Probleme vieler Wohlfahrtsstaaten in der Region ist wie erläutert die chronische Schwäche des Fiskus bei der Steuererhebung, die einen wichtigen Teil bei der Finanzierung von Sozialpolitik bilden. Daten von Segura-Ubiergo (2007: 85) zeigen, dass der regionale Durchschnitt des gesamten Steueraufkommens als Anteil am BIP mit 17,2% nur bei der Hälfte des in OECD-Ländern gefundenen Wertes liegt. Insbesondere die vergleichsweise niedrigen Einkommens-

und Körperschaftssteuersätze sowie massive Steuerhinterziehung lassen sich als Gründe für die geringe Staatskapazität finden (vgl. Wehr 2009: 180). Auf lange Sicht lassen sich Wohlfahrtsstaaten zudem nicht über Defizite finanzieren und somit ist anzunehmen, dass die Staatseinnahmen die Sozialausgaben präterminieren. Gerade in den chronisch klammen Staaten Lateinamerikas ist daher in besonderer Weise ein positiver Zusammenhang zwischen einem höheren Steueraufkommen und der Höhe der wohlfahrtsstaatlichen Aufwendungen zu erwarten.

Die wichtigsten theoretischen Erwartungen aus Sicht der Theorien sozioökonomischer Determinanten lassen sich somit wie folgt zusammenfassen:

H1: *Die Wohlfahrtsstaatlichkeit eines Landes ist umso stärker ausgeprägt,*

a: je höher der Stand der wirtschaftlichen Entwicklung ist,

b: je höher der Grad der Urbanisierung ist,

c: je kleiner der informelle Sektor ist,

d: je höher das Steueraufkommen ist.

3.2. Machtressourcen und Parteiendifferenz

Das traditionelle Gegenstück zu funktionalistischen Theorien, die einen direkten Zusammenhang zwischen strukturellen Veränderungen und der Staatstätigkeit unterstellen, bilden Ansätze, bei denen politische Variablen im Zentrum stehen und diesen unter dem Schlagwort *Politics matter* maßgeblichen Erklärungsgehalt bescheinigen. In der Wohlfahrtsstaatsliteratur werden sie häufig unter dem Oberbegriff der Konflikttheorien zusammengefasst, denn die bestimmenden Größen sind die Auseinandersetzung und die Machtverteilung zwischen verschiedenen politischen Ideologien und Gruppierungen. Die klassische Variante stellt dabei die stark von klassensoziologischen Überlegungen geprägte *Machtressourcentheorie* dar, die maßgeblich von skandinavischen Autoren wie Walter Korpi (1983) und dem bereits mehrfach erwähnten Gøsta Esping-Andersen entwickelt wurde. Der Wohlfahrtsstaat steht dabei im Zentrum einer fundamentalen gesellschaftlichen Spaltungslinie und eines klassenbezogenen Verteilungskonfliktes zwischen Arbeit und Kapital. Die Organisations- und Konfliktfähigkeit der jeweiligen gesellschaftlichen Akteure und politischen Interessengruppen, kurz deren Machtressourcen, entscheiden darüber, wer diese Auseinandersetzung für sich entscheiden kann. Die Einführung sozialstaatlicher Strukturen ist dabei per simplifizierender Annahme im Interesse der Arbeiter und entgegen derer des Kapitals. Als entscheidende Variable für den Umfang des Wohlfahrtsstaates werden demnach die Machtressourcen der Arbeiterbewegung identifiziert. Diese manifestieren sich im Grad der Vereinigung und Organisationsfähigkeit der Gewerkschaften und dem Stimmenanteil linker und insbesondere sozialdemokratischer Parteien, denen eine enge Verzahnung mit den Arbeiterinteressen unterstellt wird. Wie Korpi (1989: 313) ausführt, ist eine Regierungsbeteiligung linker Parteien keine Notwendigkeit: Machtressourcen können sich auch direkt über die gesellschaftliche Verbreitung von

Gerechtigkeitskonzepten und über strategische Reaktionen konservativer Eliten auf Arbeitermobilisierung auf die wohlfahrtsstaatlichen Strukturen auswirken. Auf Basis dieser theoretischen Grundlagen fußen auch Esping-Andersens Regimetypen, bei der er jedoch zusätzlich Überlegungen zu klassenübergreifenden Koalitionen einschließt, die zu den verschiedenen institutionellen Ausgestaltungen führen (1990: 30). Eine etwas abweichende konflikttheoretische Variante stellt die von Manfred G. Schmidt so benannte und mitbegründete Lehre der *Parteiendifferenz* dar (Schmidt 1982; vgl. Schmidt et al. 2007: 52). Auch hier steht die Verteilung politischer Macht im Fokus, relevant ist in diesem Zusammenhang jedoch insbesondere die politisch-ideologische Färbung der Regierungsparteien. Diese richten ihre Politik dabei ganz im Sinne der Präferenzen ihrer Anhänger aus. So wird vermutet, dass linksdominierte Regierungen den Wohlfahrtsstaat ausbauen, während bürgerliche Exekutiven diesen eindämmen. Gerade in europäischen Ländern hat sich allerdings gezeigt, dass eine solche Links-Rechts-Dichotomie zu sehr simplifiziert, bekennen sich dort gerade auch christdemokratische Parteien, wie etwa die deutschen Unionsparteien, zum Wohlfahrtsstaat. Die sozialpolitische Spaltungslinie verläuft somit eher zwischen linken und christdemokratischen auf der einen, sowie (markt)liberalen und säkular-konservativen Parteien, wie etwa den britischen Konservativen, auf der anderen Seite (Schmidt et al. 2007: 23).

Im Hinblick auf die empirische Evidenz⁹ hat sich die parteipolitische Orientierung der Regierung in der OECD-Welt als eine der robustesten und überzeugendsten Erklärung für die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung erwiesen (vgl. Obinger/Kittel 2003: 366; Huber/Mustillo/Stephens 2008: 422). Eine hohe positive Korrelation zwischen der Sozialleistungsquote und der Regierungsbeteiligung linker Parteien lässt sich in diesen Ländern bis heute beobachten. Für die klassische Variante der Machtressourcentheorie dagegen werden laut Schmidt (2005: 209) die Befunde seit 1990 schwächer, da sich seitdem kein signifikanter Einfluss des Organisationsgrades von Gewerkschaften mehr nachweisen lässt.

Lassen sich politische Konflikttheorien sinnvoll auf lateinamerikanische Länder übertragen? Darüber gibt es durchaus unterschiedliche Ansichten in der Forschung und es wurden einige kritische Anmerkungen hervorgebracht. Im Vergleich zu ihrem europäischen Pendant sei die politische Linke in Lateinamerika von einer „*historischen Schwäche*“ (Segura-Ubiergo 2007: 117) gekennzeichnet. Die immer wiederkehrenden autoritären Phasen und insbesondere die Militärdiktaturen der 1970er sowie die neoliberalen Strukturprogramme der 1980er hätten Parteien des linken Spektrums, aber vor allem Gewerkschaften massiv geschwächt (vgl. Niedzwiecki 2015: 7). Mit besonderem Blick auf Parteien wurde ein geringerer Grad an Institutionalisierung von lateinamerikanischen Parteiensystemen sowie eine deutlich schwächere substanzielle Bedeutung einer programmatischen Unterscheidung von Links und

⁹ Für eine umfassende Übersicht empirischer Analysen der Determinanten von Sozialausgaben in den OECD-Staaten, die insbesondere die große Bedeutung parteipolitischer Variablen unterstreicht, siehe Obinger/Kittel (2003: 366).

Rechts festgestellt (vgl. Kitschelt et al. 2010: 111). Dagegen sind Huber und Stephens (2008: 422; 2012: 31) überzeugt, dass es auch einige gute Gründe für eine Anwendung dieses Ansatzes gibt: So gibt es etwa mit der PLN in Costa Rica, der PS in Chile und der brasilianischen PT durchaus langbestehende und erfolgreiche Parteien mit einer klaren inhaltlichen Orientierung an den Interessen der Unterprivilegierten (2012: 27). Auch zeigt die Studie von Colomer und Escatel (2005), dass sich eine große Mehrheit lateinamerikanischer Bürger auf einer Links-Rechts-Skala ideologisch verorten könne und ihren Wählerwillen dementsprechend abbilden sollte. In einer erst kürzlich erschienen Studie plädiert Niedzwiecki (2015: 4) schließlich dafür, explizit auch die klassische Variante der Machtressourcentheorie wieder in den Blick zu nehmen und den Effekt von Gewerkschaften als Organisation von Arbeiterinteressen zu überprüfen, dem in der bisherigen Forschung kaum Beachtung geschenkt wurde. Für diese These kann sie dabei statistisch signifikante Ergebnisse vorlegen.

Die sonstige vorliegende empirische Evidenz zu Lateinamerika konnte jedoch bisher keine endgültige Klarheit über die Effekte politischer Variablen schaffen. Sowohl Huber und Stephens (2012: 140) als auch Niedzwiecki (2015: 24) finden keinen signifikanten langfristigen Effekt linker Parteien auf Sozialausgaben, wohingegen Kaufman und Segura-Ubiergo (2001: 583) einen deutlichen Einfluss als „volksnah“ eingeschätzter Präsidentschaften sehen. Alles in allem bleibt zu vermuten, dass der Einfluss von Machtressourcen und linken Parteien in Lateinamerika nicht das in OECD-Studien gefundene Niveau erreichen wird. Im Gegensatz zur OECD-Literatur, sollte in Lateinamerika zudem kein pro-wohlfahrtsstaatlicher Effekt christdemokratischer Parteien angenommen werden, da diese Mainwaring und Scully (2003: 49-53) zu Folge eine sehr hohe sowohl eine ideologische als auch programmatische Heterogenität und Volatilität aufweisen. Nichtsdestotrotz ist gerade in einer politikwissenschaftlichen Arbeit die Überprüfung solcher genuin politischen Thesen geboten. Gerade im Hinblick auf die neue Linkswende in der Region zu Beginn des 21. Jahrhunderts, haben deren Ergebnisse auch hohe praktische Relevanz. Zusammengefasst lassen sich daher folgende operationalisierbare Hypothesen formulieren:

H2: *Die Wohlfahrtsstaatlichkeit eines Landes ist umso stärker ausgeprägt,*

a: *je besser die Arbeiter in Gewerkschaften organisiert sind,*

b: *je stärker linke Parteien im Parlament vertreten sind,*

c: *je stärker linke Parteien an der Regierung beteiligt sind.*

3.3. Institutionelle Theorien und demokratische Verfasstheit

Während Konflikttheorien vor allem die Dimension der *Politics* im Blick haben, hat eine jüngere Spielart wohlfahrtsstaatlicher Theorien die Effekte der *Polity* politischer Systeme in den Vordergrund gerückt. Dabei steht die Frage im Zentrum, wie institutionelle und konstitutionelle Rahmenbedingungen die Handlungen politischer Akteure und insbesondere der Regierung beeinflussen und beschränken (vgl. Schmidt et al. 2007: 24). Im Sinne von

Tsebelis (2002) bekannter Vetospielertheorie werden dabei Akteure, Strukturen und Institutionen identifiziert, die eine dezisive Rolle im politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess besitzen und diesen notfalls blockieren können. Traditionelle Beispiele für solche Vetospieler stellen etwa Föderalismus, starke zweite Parlamentskammern, unabhängige Zentralbanken oder autonome Verfassungsgerichte dar. Aus theoretischer Perspektive ist dabei zu erwarten, dass eine höhere Zahl an Vetospielern und somit eine geringere Machtkonzentration in der Exekutive ein Hindernis für den Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Programme darstellt. Wie die Auswertungen von Obinger und Kittel (2003: 367) zeigen, konnten institutionalistische Ansätze bislang sehr überzeugende Erklärungen für sozialpolitische Varianz in OECD-Ländern liefern. So konnte etwa föderalen Staatsstrukturen sowie direktdemokratischen Elementen eine bremsende Wirkung auf wohlfahrtsstaatliche Entwicklungen zugeschrieben werden (vgl. Castles et al. 2005; Wagschal/Obinger 2000). Auch die weitverbreiteten additiven Indizes konstitutioneller Beschränkungen haben sich in umfassenden statistischen Untersuchungen als signifikante Variable erwiesen (vgl. Huber/Ragin/Stephens 1993: 735; Huber/Stephens 2001: 71).

Es liegt daher nahe, auch in Lateinamerika den Einfluss von Vetospielern auf die Entwicklung von Wohlfahrtsstaaten zu analysieren. Der Großteil der Staaten besitzt ein präsidentiales Regierungssystem, dem ebenfalls eine sozialpolitisch hemmende Wirkung zugeschrieben wird. Daher sollte hier insbesondere untersucht werden, inwiefern die Macht des Präsidenten durch andere Vetospieler begrenzt wird. Interessante Ansatzpunkte hierfür bieten die Existenz föderaler Strukturen, bikammeraler Parlamente, unabhängiger Verfassungsgerichte sowie direktdemokratischer Verfahren in der Verfassung. In bisher vorliegenden empirischen Studien wurde in der Regel ein negativer, wenn auch nicht immer statistisch signifikanter Effekt institutioneller Begrenzungen auf wohlfahrtsstaatliche Expansion gefunden (vgl. Faust et al. 2004: 197; Niedzwiecki 2015: 26), was die folgende Hypothese plausibel erscheinen lässt:

H3: *Eine höhere Anzahl an Vetospielern bremst die wohlfahrtsstaatliche Expansion in einem Land.*

An dieser Stelle sollte darauf hingewiesen werden, dass der Vetospieleransatz implizit die Existenz einer Demokratie annimmt, denn nur in dieser kann sinnvollerweise erwartet werden, dass konstitutionelle Beschränkungen auch in der politischen Realität respektiert werden und greifen können. Allerdings ist, wie Segura-Ubiergo (2007: 39) hervorhebt, dem Regimetyp als grundlegendster aller institutionellen Variablen in der OECD-Wohlfahrtsstaatsliteratur kaum Beachtung geschenkt worden. Dies ist vornehmlich der simplen Tatsache geschuldet, dass alle dortigen Länder seit 1945 durchgehend demokratisch regiert wurden und somit schlichtweg keine Varianz untersucht werden konnte. Wie der einleitende historische Überblick gezeigt hat, weisen dagegen fast alle lateinamerikanischen Länder eine sehr wechselvolle Geschichte zwischen Demokratie und Autokratie auf. Diese Region bietet daher ein nahezu ideales Umfeld für die Untersuchung des Effekts des Regimetyps auf die Entwicklung von Wohlfahrtsstaaten. Gerade vor dem Hintergrund der

beobachteten *Demokratisierungswelle* in den 1980er Jahren, an deren Ende alle Staaten in dieser Untersuchung ein demokratisches Regierungssystem aufwiesen, stellt sich die interessante Frage nach deren sozialpolitischen Auswirkungen.

Aus theoretischer Perspektive spricht einiges dafür, dass der Übergang von einem autokratischen zu einem demokratischen Regime mit einer Steigerung sozialstaatlicher Leistungen einhergehen sollte. Haggard und Kaufman (2008: 13) unterscheiden dabei zwei Wirkungskanäle, die einen positiven Effekt von Demokratien auf Wohlfahrtsstaaten erwarten lassen. Der erste stellt mit dem Wahlmechanismus eines der definitorischen Merkmale demokratischer Regime in den Mittelpunkt, denn im Zuge einer Demokratisierung wird das Elektorat deutlich auf die gesamte Bevölkerung ausgeweitet. Gerade in Entwicklungsländern erhalten somit große Teile der wirtschaftlich schlechter gestellten Population ein Stimmrecht, über welches sie ihre sozialpolitischen Präferenzen in den Wahlprozess einspeisen können. Folgt man beispielsweise der Logik des klassischen Medianwählertheorems aus der *Public Choice* Theorie, sinkt in der Folge der Wahlrechtsausweitung das Medianwählereinkommen im Vergleich zum mittleren Einkommen und erhöht somit die Nachfrage nach umverteilender Politik. Rational agierende Politiker sollten daher wohlfahrtsstaatliche Politik, die der neuen Wählerschaft zu Gute kommt, propagieren und implementieren (vgl. Segura-Ubiergo 2007: 107). Ganz allgemein gesprochen steigt in demokratischen Regimen der Druck auf Regierungen, die mit ihrer Politik den Wählern gegenüber rechenschaftspflichtig ist. Der zweite Mechanismus betont die in Demokratien bestehenden Partizipationsmöglichkeiten durch die Gewährung politischer Rechte wie der Versammlungs- und Organisationsfreiheit oder des Streikrechts. Dies erlaubt auch die Gründung von Parteien, Gewerkschaften und sonstigen Interessengruppen, die es unterprivilegierten Bevölkerungsteilen ermöglichen, sich auch außerhalb von Wahlperioden für wohlfahrtsstaatliche Politik in ihrem Sinne einzusetzen. Will man den Effekt von Regimetypen korrekt erfassen, wäre es zudem nachlässig, würde man eine einfache dichotome Unterscheidung zwischen Demokratien und Autokratien unterstellen, ohne graduelle Unterschiede und fließende Übergänge zu beachten. Wie Huber, Mustillo und Stephens (2008: 421) ins Gedächtnis rufen, wurden auch in einigen nicht-demokratischen Systemen, wie dem peronistischen Argentinien, umfangreiche wohlfahrtsstaatliche Strukturen aufgebaut. Auch gab es weitere *kompetitive Autokratien*, die ein geringes Maß an Interessenpluralismus erlaubten und zumindest *pro forma* Wahlen abhielten (vgl. Haggard/Kaufman 2008: 15). In diesen Regimen sollte man höhere wohlfahrtsstaatliche Aufwendungen erwarten als in stark repressiven Diktaturen wie etwa unter Pinochets Militärherrschaft in Chile.

Aufgrund dieser relativ klaren theoretischen Erwartungen ist es erstaunlich, dass die bisherige empirische Evidenz zu wohlfahrtsstaatlichen Demokratieeffekten in Lateinamerika recht gemischt ist¹⁰. Während mehrere Autoren positive Effekte der Demokratievariablen

¹⁰ Haggard und Kaufman (2008: 365-369) bieten eine sehr umfangreiche und detaillierte Übersicht bisheriger empirischer Studien zu den sozialpolitischen Effekten von Demokratie.

auf wohlfahrtsstaatliche Aufwendungen in ihren quantitativen Auswertungen finden konnten (vgl. Avelino et al. 2005: 625; Brown/Hunter 1999: 788; Faust et al. 2004: 196; Huber/Mustillo/Stephens 2008: 429; Huber/Stephens 2012: 140; Niedzwiecki 2015: 19), zeigen diese in anderen Untersuchungen keinerlei statistisch signifikanten Einfluss (vgl. Haggard/Kaufman 2008: 203; Kaufman/Segura-Ubiergo 2001: 583; Segura-Ubiergo 2007: 169). Wirft man einen vergleichenden Blick auf die Literatur, lassen sich zwei mögliche Gründe als Erklärung für diese unterschiedlichen Befunde anbringen. Zum einen verwenden die Autoren verschiedene Operationalisierungen für ihre Demokratiemessung. Einige gebrauchen dabei nur simple dichotome Unterscheidungen (vgl. Segura-Ubiergo 2007: 113), während andere umfangreiche qualitative und auch Abstufungen berücksichtigende Indizes wie *Polity IV* zu Rate ziehen (vgl. Faust et al. 2004: 193). Huber, Mustillo und Stephens (2008: 421) argumentieren des Weiteren, dass sich Demokratieeffekte zeitversetzt in wohlfahrtsstaatlichen Ergebnissen niederschlagen werden, da der Aufbau von funktionierenden Zivilgesellschaften sowie Parteien zur wirkungsvollen Durchsetzung von Interessen ein längerfristiger Prozess ist. Daher plädieren sie für eine kumulative Messung der Demokratieerfahrung eines Landes und postulieren in ihren Studien einen Zeitraum von 20 Jahren kontinuierlicher Demokratie, ab dem ein positiver Effekt zu beobachten ist (2012: 124). Zum anderen muss wohlfahrtsstaatliche Politik unterprivilegierten Wählern überhaupt zu Gute kommen und dementsprechend eine klare umverteilende Wirkung haben, damit die zuvor skizzierte Logik des Medianwählers greifen kann. Wie jedoch in Kapitel 2.3 gezeigt, weist ein nicht unerheblicher Teil der Sozialausgaben in lateinamerikanischen Wohlfahrtsstaaten regressive Eigenschaften auf und benachteiligt einkommensschwache Bevölkerungsschichten vielmehr, als dass sie davon profitieren. Segura-Ubiergo (2007: 112) argumentiert daher, dass für eine korrekte Schätzung von Demokratieeffekten Sozialausgaben in verschiedene Ausgabentypen unterteilt werden sollten: Es hat sich gezeigt, dass insbesondere Aufwendungen für Sozialversicherungen und Wohlfahrt, wie Renten- und Familienbeihilfszahlungen, stark regressiv wirken, während Ausgaben im Gesundheits- und Bildungsbereich eine eher progressive Wirkung entfalten. Gemäß dieser Erwartung befindet er, dass letztere positiv mit Demokratie korrelieren, während für erstere kein signifikanter und mitunter sogar ein negativer Effekt gilt (vgl. Ebd.: 162). Berücksichtigt man diese einschränkenden Befunde, lassen sich für den Effekt von Demokratie auf wohlfahrtsstaatliche Aufwendungen folgende Hypothesen formulieren:

H4: *Die Wohlfahrtsstaatlichkeit eines Landes ist umso stärker ausgeprägt,*

a: je demokratischer es ist.

b: je länger es eine Demokratie ist.

c: Der Effekt von Demokratie auf wohlfahrtsstaatliche Aufwendungen ist positiv für progressiv wirkende Gesundheits- und Bildungsausgaben, aber nicht für regressiv wirkende Sozialversicherungsausgaben.

3.4. Internationale Hypothese

Die bis hier betrachteten Theorien haben ausschließlich innerstaatliche Faktoren in ihren Erklärungen herangezogen und somit jegliche äußere Einflüsse auf wohlfahrtsstaatliche Entwicklungen vernachlässigt. Die Vertreter der so genannten *Internationalen Hypothese* (vgl. Schmidt et al. 2007: 24) sind dagegen der Ansicht, dass eine solche rein nationalstaatliche Perspektive unzureichend ist und die sozialpolitische Staatstätigkeit wesentlich von internationalen Faktoren und Konstellationen beeinflusst wird. Ein besonderes Anliegen ist es ihnen dabei, die Auswirkungen der Globalisierung und der stetig zunehmenden ökonomischen Interdependenz zwischen Staaten auf die Entwicklung von Wohlfahrtsstaaten zu beobachten und zu erklären. Es ist zu betonen, dass Globalisierung in diesem Zusammenhang auf rein ökonomische Aspekte reduziert und als Prozess der internationalen Integration von Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalmärkten verstanden wird (vgl. Garrett 2001: 3). Für Lateinamerika sind diese Fragen von hoher Relevanz, denn Thesen zur Dependenz der Volkswirtschaften nehmen sowohl in der akademischen Regionalforschung als auch im öffentlichen politischen Diskurs bis heute eine herausragende Stellung ein. Zum anderen stellt, wie in Kapitel 2.2 dargelegt, die in Folge der Schuldenkrise in den 1980er Jahren vollzogene Öffnung lateinamerikanischer Ökonomien eine der wichtigen Zäsuren in der regionalen Wohlfahrtsstaatsentwicklung dar.

Die umfassende Literatur zum Zusammenhang zwischen Globalisierung und Sozialpolitik ist dabei von einer Debatte zwischen zwei diametral entgegengesetzten theoretischen Positionen geprägt. Geoffrey Garrett (2001: 5) hat diese beiden konträren Erwartungshaltungen auf die eingängige Gegenüberstellung einer *Effizienzhypothese* und einer *Kompensationshypothese* reduziert.

Die Effizienzthese geht dabei von eindeutig negativen Konsequenzen einer zunehmenden Weltmarktintegration für ausgebaute Sozialstaaten aus. Diese werden dabei aufgrund höherer Lohn- und Produktionskosten durch Sozialbeiträge, erhöhte Steuerbelastungen oder schärfere Beschäftigungsschutzmaßnahmen als ein erheblicher Standortnachteil im internationalen Wettbewerb um Wachstum und Kapital angesehen. Um die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Volkswirtschaften zu gewährleisten, sehen sich Regierungen gezwungen, die durch den Sozialstaat verursachten Kosten zu senken. Im Rahmen dieser, alle Staaten gleichermaßen betreffenden Logik setzt ein globales *race to the bottom* mit einer massiven Schrumpfung wohlfahrtsstaatlicher Aktivitäten ein. Ähnlich sind die Effekte der durch die Zunahme grenzüberschreitender Wirtschaftsaktivitäten und die Zurückführung von Handels- und Wechselkursschranken ausgelösten Erhöhung der Kapitalmobilität: Der Abfluss von Kapital ins kostengünstigere Ausland stellt eine stetige Bedrohung dar, die den Kostensenkungsdruck auf Regierungen weiter erhöht. Des Weiteren steigt durch eine stärkere Weltmarktintegration die Anfälligkeit nationaler Ökonomien für globale Konjunkturbewegungen und die Abhängigkeit von internationalen Refinanzierungsquellen und den dortigen Zinsschwankungen. All dies beschränkt die fiskalischen

Handlungsspielräume von Regierungen im Nationalstaat deutlich und somit auch ihre Möglichkeiten im Bereich der Sozialpolitik.

Im kompletten Gegensatz dazu erwartet die Kompensationshypothese einen positiven Globalisierungseffekt auf den Wohlfahrtsstaat. Ausgangspunkt ist dabei die anerkannte Beobachtung, dass durch eine stärkere weltwirtschaftliche Verflechtung die wirtschaftliche Ungleichheit und die ökonomische Unsicherheit, etwa durch den drohenden Verlust von Arbeitsplätzen in nicht wettbewerbsfähigen Branchen, für einen Teil der Bevölkerung zunehmen (vgl. Garrett 2001: 6). Über eine Expansion wohlfahrtsstaatlicher Programme und Leistungen wird der Staat anschließend versuchen, diese Globalisierungsverlierer zu kompensieren und die negativen gesellschaftlichen Begleiterscheinungen auszugleichen. Cameron (1978: 1250) hat die Grundzüge dieser Logik schon sehr früh aufgezeigt und gleichzeitig Evidenz für einen engen empirischen Zusammenhang zwischen Handelsoffenheit und Wohlfahrtsstaatsgenerosität in OECD-Ländern geliefert. Dies deckt sich mit der Beobachtung von Katzenstein (1985: 55), dass gerade kleine und besonders offene europäische Volkswirtschaften, wie Schweden, Österreich und die Niederlande, umfangreiche Sozialstaaten aufweisen. Insgesamt herrscht weitestgehend Konsens, dass die Erwartungen der Kompensationshypothese für OECD-Länder stärker zutreffen: So dominiert in vielen empirischen Untersuchungen ein positiver Effekt von Globalisierungsindikatoren, wie der Handels- oder der Kapitalmarktoffenheit, auf den Wohlfahrtsstaat (vgl. Avelino et al. 2005: 626; Garrett 2001: 4).

Demgegenüber ist die Evidenz in bisherigen empirischen Studien zu Lateinamerika sehr gemischt und kann den Befund aus den OECD-Ländern nicht repetieren. Auf der einen Seite finden einige Autoren stark positive Effekte höherer Handels- und Kapitalmarktintegration auf Sozialausgaben (vgl. Avelino et al. 2005: 626), während in anderen Studien Globalisierungsmaße eindeutig mit einem Rückgang wohlfahrtsstaatlicher Aufwendungen verbunden sind (vgl. Kaufman/Segura-Ubiergo 2001: 554; Wibbels 2006: 434). Dennoch lassen sich aus theoretischer Sicht sowie dem historischen Entwicklungskontext lateinamerikanischer Wohlfahrtsstaaten mehrere gute Gründe formulieren, die das Zutreffen von Effizienzüberlegungen und somit einen negativen Globalisierungseffekt nahelegen. Zum einen beinhaltet die oben dargelegte Logik der Kompensationsthese einen impliziten politischen Kanal, über den die Globalisierungsverlierer ihre Forderungen an die politischen Entscheidungsträger weitergeben. Angesichts der im Vergleich zu OECD-Ländern relativ instabilen demokratischen Regime sowie der schwächeren linken Parteien in ihrer Funktion als Interessensvertreter der Unterprivilegierten, sollte der Kompensationsdruck auf Regierungen in Lateinamerika wesentlich geringer sein (vgl. Avelino et al. 2005: 627). Wibbels (2006: 433) bringt in diesem Zusammenhang einen weiteren interessanten Punkt an, indem er zeigt, dass Entwicklungsländer deutlich anfälliger für makroökonomische Schocks sind als Industriestaaten. Oft sind sie vom Zugang zu internationalen Finanzmärkten abgeschnitten und ihre rohstoffbasierten Ökonomien unterliegen den starken Preisschwankungen auf dem Weltmarkt, was den Effizienzdruck auf den Wohlfahrtsstaat

erhöht. Zum anderen ist eines der wichtigsten geteilten Merkmale lateinamerikanischer Wohlfahrtsstaaten, dass, wie in Kapitel 2.1 ausführlich dargestellt, ihre Entstehung und Expansion explizit im stark protektionistischen Kontext des ISI-Entwicklungsmodells stattfanden. Aufgrund des fehlenden internationalen Wettbewerbsdrucks konnten Produzenten die höheren Sozialbeiträge über ineffizient hohe Preise einfach an die Konsumenten weiterreichen. Nach dem Zusammenbruch des ISI-Modells in der Folge der Schuldenkrise der 1980er führten diese überhöhten Kosten und die mangelnde Konkurrenzfähigkeit zu einem enormen Wettbewerbsdruck in den geöffneten Märkten und setzten die Sozialstaaten den Zwängen der Effizienzlogik in besonderem Maße aus (vgl. Segura-Ubiergo 2007: 95-100). Schließlich muss noch die entscheidende Rolle, die internationale Finanzinstitutionen und im Besonderen der IWF im Rahmen der Öffnung der lateinamerikanischen Volkswirtschaften gespielt haben, betont werden. Dessen an umfassende Strukturreformen geknüpfte Kreditunterstützung sah unter anderem die drastische Kürzung und mitunter die vollständige Eliminierung von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen vor. Die Teilnahme an Anpassungsprogrammen und die Höhe der Verpflichtungen gegenüber dem IWF sollten daher stark negative Auswirkungen auf Wohlfahrtsstaaten nach sich ziehen. Es spricht daher vieles dafür, dass Effizienzüberlegungen gegenüber sozialstaatlichen Kompensationen in Lateinamerika im Unterschied zu OECD-Ländern überwiegen werden. Folgende Hypothesen sollen daher getestet werden:

H5: *Die Wohlfahrtsstaatlichkeit eines Landes ist umso geringer ausgeprägt,*

a: je höher die Handelsoffenheit der Volkswirtschaft.

b: je größer die Kapitalmobilität in der Volkswirtschaft.

c: je größer der Einfluss des IWF in Folge der Schuldenkrise.

3.5. Pfadabhängigkeit

Allen bisherigen theoretischen Ansätzen ist gemein, dass sie einen Ursache-Wirkungs-Zusammenhang zwischen einer exogenen Variablen und Maßen des Wohlfahrtsstaates postulieren. In der vergleichenden Literatur der OECD-Länder hat sich jedoch als einer der stärksten Befunde erwiesen, dass Wohlfahrtsstaaten trotz mannigfaltiger und starker äußerer Einflussfaktoren eine stark selbsterhaltende Funktion besitzen. Paul Pierson (2000) hat in diesem Zusammenhang den Begriff der *Pfadabhängigkeit* sozialpolitischer Entwicklungen geprägt. Dieses mitunter auch als Politikerbe bezeichnete und aus der Geschichtswissenschaft entlehnte Konzept erwartet, dass in der Vergangenheit getroffene politische und institutionelle Weichenstellungen einen stark begrenzenden Effekt auf die Handlungsmöglichkeiten von Regierungen in der Gegenwart ausüben (vgl. Schmidt et al. 2007: 85). Auf Wohlfahrtsstaaten übertragen bedeutet dies, dass sowohl charakteristische regimetypische Elemente als auch der relative Umfang und die Höhe von Leistungen langfristig Bestand haben werden. Als Gründe für diese Beobachtung wurden die Trägheit und der *Status-Quo-Bias* institutioneller Arrangements sowie die sehr hohen politischen als

auch realen Kosten radikaler sozialpolitischer Kurswechsel angeführt. Auch die Stabilität einmal gebildeter klassenübergreifender Allianzen in der Sozialpolitik spielt hierbei eine wichtige Rolle (vgl. Schmidt et al. 2007: 86; Pierson 2000: 262). In einer seiner bekanntesten Arbeiten hat Pierson (1996) mit Hilfe dieses Ansatzes etwa erklären können, warum die Regierungen von Margaret Thatcher in Großbritannien als auch Ronald Reagan in den USA trotz ihrer stark sozialstaatskritischen Rhetorik nur vergleichsweise geringe wohlfahrtsstaatliche Einschnitte vornahmen.

Es liegt nahe, auch die Entwicklungen von Wohlfahrtsstaaten in Lateinamerika auf Pfadabhängigkeit zu untersuchen. Dies würde bedeuten, dass das in Kapitel 2.1. beschriebene zu Beginn der 1980er Jahre vorgenommene Ranking lateinamerikanischer Sozialstaaten auch Jahrzehnte später in den Grundzügen noch Bestand haben sollte. Insbesondere die sowohl aufgrund ihrer frühen Entstehung als auch ihrer Generosität als wohlfahrtsstaatliche Pionierländer identifizierten Uruguay, Chile, Argentinien, Brasilien und mit Abstrichen Costa Rica sollten auch heute noch eine Vorreiterrolle einnehmen. Den sozialpolitischen Nachzüglern dagegen wird es aus dieser Perspektive nicht gelingen ihren Rückstand aufzuholen. Trotz des hohen ökonomischen Anpassungsdrucks und der politischen Regimewechsel sind radikale Veränderungen laut Faust et al. (2004: 192) in der Region nur schwer durchsetzbar. In ihrer quantitativen Untersuchung von Sozialausgaben finden sie erste Anhaltspunkte für die hohe Bedeutung von sozialpolitischer Pfadabhängigkeit in der Region (vgl. Ebd.: 198). Auch in der hier anschließenden Analyse soll daher folgende Hypothese berücksichtigt werden:

H6: *Die Entwicklung lateinamerikanischer Wohlfahrtsstaaten weist Pfadabhängigkeit auf. Je stärker ausgebaut Wohlfahrtsstaaten in Relation zu anderen Ländern in der Vergangenheit waren, desto stärker ausgebaut werden sie auch zu späteren Beobachtungszeitpunkten sein.*

4. Quantitativ-vergleichende Analyse lateinamerikanischer Sozialausgaben

Nach der theoretischen Fundierung und Formulierung eindeutiger Hypothesen über die wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungen in Lateinamerika, gilt es diese mit der Empirie abzugleichen. Dazu ist es jedoch zunächst notwendig, zwei wichtige Fragen zu klären: Welche Methoden sind am besten für diese Zwecke geeignet? Welche Daten werden hierzu verwendet und welche Untersuchungseinheiten in welchem Zeitraum beobachtet?

Wie die gesamte Politikwissenschaft zeichnet sich auch die vergleichende Wohlfahrtsstaatenforschung durch einen starken Methodenpluralismus und die Koexistenz verschiedener empirischer Analyseverfahren aus. So wurden sozialpolitische Problemstellungen bislang mit quantitativen als auch qualitativen Verfahren sowie unter Verwendung hoher Fallzahlen als auch durch den Vergleich weniger Einzelstudien bearbeitet. Es hängt dabei stark von der genauen Zielsetzung und der Formulierung der Forschungsfrage ab, welche Methode am besten geeignet ist und daher gewählt werden

sollte. Diese Arbeit möchte auf einer übergeordneten Makroebene für eine Gruppe von Ländern und anhand relativ allgemeiner Zusammenhänge die Übertragbarkeit von Theorien mittlerer Reichweite überprüfen. Den Ausführungen von Vis (2013: 281) zur methodisch korrekten Analyse wohlfahrtsstaatlicher Entwicklungen zu Folge, eignet sich in einem solchen Fall ein Vergleich mithilfe quantitativer Methoden am besten. Während dabei in der Anfangszeit der Sozialstaatsforschung insbesondere Querschnittsanalysen dominierten, sind in den letzten Jahren vermehrt komplexere Modelle mit Paneldaten verwendet worden. Die Verwendung eines Datenpanels durch die Zusammenführung von Querschnitts- und Zeitreihenbeobachtungen hat laut Vis (2013: 276) zwei wichtige Vorteile: Auf der einen Seite verringert sich durch die deutliche höhere Zahl an Beobachtungen das bei einem Vergleich auf Nationalstaatsebene immer bestehende *small-N* Problem. Auf der anderen Seite können so auch Entwicklungen über die Zeit in verschiedenen Ländern miteinander verglichen werden. Auch wenn die vollständige Anwendung eines umfangreichen multivariaten Schätzmodells den Rahmen dieser Arbeit übersteigt, sollen nach Möglichkeit auf Paneldaten basierende Korrelationen erstellt werden. Bei Problemen der Datenverfügbarkeit und zu Zwecken der Veranschaulichung werden jedoch auch Zusammenhänge von Durchschnittswerten betrachtet.

Die verwendeten Variablen stammen dabei allesamt aus den umfangreichen Datensätzen *Social Policy in Latin America and the Caribbean Dataset, 1960-2006* und *Latin America and the Caribbean Political Dataset, 1945-2008* von Huber, Stephens, Mustillo und Pribble (2008, 2012), die für die Zwecke dieser Arbeit zusammengeführt wurden¹¹. Die in Frage kommenden Untersuchungseinheiten sind dabei alle unabhängigen Staaten Lateinamerikas. Der Begriff Lateinamerika wird in diesem Zusammenhang jedoch explizit aus einer historisch-kulturellen Perspektive verstanden und betont, in Abgrenzung zu den geographisch definierten Konzepten Süd- und Zentralamerika, die Gemeinsamkeit der romanischen Sprachen. Die englischsprachigen Karibikinseln sowie Belize, Suriname und Guyana werden daher nicht in die Untersuchung aufgenommen. Aus theoretischen Gründen werden des Weiteren Kuba, mit seinem abweichenden sozialistischen Wirtschafts- und Regierungssystem, und Haiti, auf Grund der Besonderheit der französischen Kolonialgeschichte und des weit unterdurchschnittlichen Entwicklungsniveaus, ausgeschlossen. Schlussendlich sind somit 18 Länder in der Grundgesamtheit enthalten¹². Als Zeitraum der Untersuchung werden die Jahre von 1970 bis einschließlich 2000 gewählt. Dieser wird bedingt durch das nur sehr spärliche Vorliegen und insbesondere das Fehlen von Daten zu den Sozialausgaben vor 1970 und nach 2000, dennoch sollte in dieser Periode, wie in Kapitel 2.4. gezeigt, genügend Varianz zwischen den Ländern als auch den unabhängigen Variablen für eine valide Analyse vorliegen.

¹¹ Sowohl die beiden Datensätze als auch die jeweils verwendeten Kodierungshandbücher sind online verfügbar unter: <http://www.unc.edu/~jdsteph/common/data-common.html>.

¹² Dies sind Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Costa Rica, die Dominikanische Republik, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Honduras, Kolumbien, Mexiko, Nicaragua, Panama, Peru, Uruguay sowie Venezuela.

Der Rest des Kapitels ist dabei in zwei Teile gegliedert: In einem ersten Schritt müssen sowohl die abhängige als auch die verwendeten unabhängigen Variablen genauer spezifiziert sowie ihre konkrete empirische Operationalisierung erläutert werden. Im zweiten Teil werden dann ausgewählte Ergebnisse in grafischer und numerischer Form präsentiert und diskutiert.

4.1. Spezifikation und Operationalisierung der Variablen

4.1.1. Das Abhängige Variablen-Problem

Bei der Formulierung der Hypothesen ist bislang bewusst der recht sperrig klingende Begriff der *Wohlfahrtsstaatlichkeit* verwendet worden. Dieser konnte dabei wahlweise als die Stärke, der Umfang oder die Generosität sozialstaatlicher Aktivitäten in einem Land aufgefasst werden. Für eine quantitative Untersuchung ist jedoch eine genauere Konzeptualisierung von Nöten, die sich in empirisch beobachtbaren numerischen Werten abbilden lässt. Dass dies bei Weitem keine triviale Aufgabe ist, wird durch die Tatsache unterstrichen, dass Forscher des Wohlfahrtsstaats dem sogenannten *Abhängigen Variablen-Problem* bereits ganze Bücher gewidmet haben (vgl. Clasen/Siegel 2007). Wie also lässt sich die Wohlfahrtsstaatlichkeit lateinamerikanischer Länder sinnvoll operationalisieren?

Das klassische Maß des Wohlfahrtsstaates stellt die Höhe der staatlichen Sozialausgaben dar, welches in den ersten vergleichenden empirischen Untersuchungen zu OECD-Ländern eine dominante Rolle einnahm (vgl. Vis 2013: 278). Im Rahmen seiner Arbeit zu den *Drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus* hat Esping-Andersen (1990: 19) jedoch die Verwendung solcher sozialpolitischen Aufwendungsmessungen als reines „*Epiphänomen*“ von Wohlfahrtsstaaten abgelehnt. Nicht nur die Quantität sozialstaatlicher Leistungen sei entscheidend, sondern auch ihre Qualität, ihre Reichweite, die Quellen ihrer Bereitstellung sowie ihre sozialpolitischen Wirkungen. Ausgehend von dieser Feststellung entwickelte Esping-Andersen alternative Indikatoren wie die bereits angesprochenen Maße der Dekommodifizierung und der Stratifizierung, die heute zum Standardrepertoire der Literatur gehören. Aufgrund ihrer Komplexität und Datenintensivität konnten diese Maße bislang jedoch nur für OECD-Staaten erhoben werden und sind somit für lateinamerikanische Wohlfahrtsstaaten nicht verfügbar (vgl. Vis 2013: 275). Daher wird in dieser Untersuchung als Proxy für die Wohlfahrtsstaatlichkeit die Höhe der staatlichen Sozialausgaben verwendet. Trotz der theoretischen Einwände von Esping-Andersen lassen sich einige Gründe nennen, die diese Entscheidung in Bezug auf Lateinamerika rechtfertigen. So stellt dies nicht nur ein Standardvorgehen in bisherigen quantitativen Untersuchungen lateinamerikanischer Sozialpolitik dar, auch die im Vergleich zu den OECD-Staaten größere Varianz in den Sozialausgaben verspricht den nötigen Raum für Erklärungsgehalt. Die genannte Beobachtung von Barrientos (2009: 92), dass alle lateinamerikanischen Wohlfahrtsstaaten in einem ähnlichen Regimetyp zusammengefasst werden können, spricht zudem dafür, keine großen Unterschiede in der Qualität von Sozialausgaben zwischen Ländern zu erwarten.

Um die Daten über verschiedene Länder hinweg sinnvoll vergleichen zu können, müssen sie normiert werden: Indem man die absolute Höhe der Sozialausgaben als prozentualen Anteil des Bruttoinlandsprodukts ausdrückt, erhält man die sogenannte *Sozialleistungsquote*. Laut Segura-Ubiergo (2007: 77) stellt sie eine Maßzahl für die makroökonomische Priorität, die Sozialpolitik in einer Volkswirtschaft eingeräumt wird, dar. Um eine möglichst große Anzahl an Beobachtungen zu erreichen, wurden deren Werte aus insgesamt vier verschiedenen Datenreihen der CEPAL und des IMF zusammengesetzt¹³. Im ursprünglichen *Social Policy* Datensatz (Huber/Stephens/Mustillo/Pribble 2008) sind die Sozialleistungsquoten nur für einzelne Budgetkomponenten gegeben. Die Ausgaben für Soziale Sicherung und Wohlfahrt umfassen dabei Aufwendungen für Sozialversicherungen, Transferzahlungen bei Krankheit und Mutterschaft sowie Rentenzahlungen und Arbeitslosenleistungen. In den Gesundheits- sowie den Bildungsausgaben sind Transferzahlungen und Infrastruktur- und Verwaltungskosten in diesen Bereichen aufgeführt¹⁴. Aus der Summe dieser drei Komponenten wurde das Maß für die gesamte Sozialleistungsquote gebildet. Wie im Theoriekapitel diskutiert, werden jedoch bei Bedarf auch die disaggregierten Maßzahlen verwendet, da bei einigen erklärenden Variablen unterschiedliche Effekte möglich sind.

4.1.2. Unabhängige Variablen

Sozioökonomische Determinanten

Sozioökonomische Maßzahlen gehören zu den am häufigsten verwendeten Variablen in empirischen Untersuchungen und besitzen somit anerkannte Operationalisierungen: Als Maß für die wirtschaftliche Entwicklung wird das reale BIP pro Kopf verwendet und für die Erfassung des Urbanisierungsgrades wird der Anteil der Stadt- an der Gesamtbevölkerung berechnet. Als Indikator für die Staatskapazität und das Steueraufkommen werden die laufenden Einnahmen der Zentralregierung, gemessen in Prozent des BIP, herangezogen. Hinsichtlich der Größe des informellen Sektors existieren verschiedene Definitionen und Schätzungen in der Literatur¹⁵. In dieser Arbeit wird der Anteil der informellen Arbeiter an der gesamten Erwerbsbevölkerung als Maß herangezogen, da dieser bis auf Paraguay für alle Länder vorliegt.

Machtressourcen und Parteiendifferenz

Als Indikator für die Stärke der Arbeiterbewegung wird der Organisationsgrad von Gewerkschaften, gemessen als prozentualer Anteil ihrer Mitglieder an der gesamten Erwerbsbevölkerung, verwendet. Da diese Daten nur in unregelmäßigen Abständen für den Zeitraum von 1982 bis 1996 vorliegen, wurde der Durchschnittswert für jedes Land in dieser Periode berechnet. Die im Datensatz enthaltenen Parteienvariablen fußen auf der Arbeit von

¹³ Für eine genaue Beschreibung der Kriterien zur Selektion der Quellen siehe Huber/Stephens (2012: 122) sowie das Kodierungshandbuch zu Huber/Stephens/Mustillo/Pribble (2008).

¹⁴ Für eine ausführliche Diskussion dieser auf den IWF-Daten beruhenden Definition siehe Segura-Ubiergo (2007: 129/130).

¹⁵ So enthält der *Social Policy* Datensatz sieben verschiedene Maße für die Informalität in der Volkswirtschaft.

Coppedge (1997), der eine politisch-ideologische Klassifikation aller lateinamerikanischen Parteien vorgenommen hat und sie auf einer fünfteiligen Links-Rechts-Dimension verortet (Links, Mitte-Links, Mitte, Mitte-Rechts, Rechts). Zwar unterscheidet Coppedge weiter in religiöse und säkulare Parteien, wie jedoch in Kap 3.2. ausgeführt, wird in Lateinamerika kein sozialstaatsfreundlicher Effekt der Christdemokratie erwartet und diese Dimension somit nicht beachtet. Darauf aufbauend enthält der Datensatz den von allen Parteien einer Kategorie gehaltenen Anteil an Parlamentssitzen sowie die Klassifikation der Regierungspartei pro Jahr und Land. Zwei Indikatoren für die parteipolitische Dominanz in der Legislative werden hieraus gebildet: Zum einen wird die Summe der von Links- und Mitte-Links-Parteien gestellten Abgeordneten gebildet. Zum anderen wird der von Huber/Mustillo/Stephens (2008: 427) entwickelte Index der parteipolitischen Orientierung der Legislative repliziert. Dabei werden die Parteienkategorien nach ihrer ideologischen Verortung gewichtet und für jede Beobachtung folgende Summe der Sitzanteile gebildet: $1*Links + 0,5*MitteLinks + 0*Mitte + (-0,5)*MitteRechts + (-1)*Rechts$. Durch die Beachtung rechter Parteien kann dieser Index, im Gegensatz zum simplen Anteil linker Parteien im Parlament, untersuchen, ob konservative Dominanz einen negativen Effekt auf den Wohlfahrtsstaat ausübt. Gemäß der Erwartung der Parteiendifferenzhypothese soll zusätzlich der Einfluss der parteipolitischen Färbung der Regierung untersucht werden. Ausgehend von den zur Verfügung stehenden Daten lässt sich das in der OECD-Literatur verwendete Maß des Kabinettsitzanteils jedoch nicht erstellen. Alternativ wird eine kategoriale Variable gebildet, welche die Regierungspartei auf einer Skala mit den oben verwendeten Abstufungen von -1 (Rechte Partei) bis 1 (Linke Partei) verortet. Abschließend sei angemerkt, dass der Datensatz Parteivariablen nur in Jahren demokratischer Regime aufführt und in Diktaturen allen Kategorien den Wert 0 als Sitzanteil zuweist. Um Verzerrungen zu vermeiden, werden die Parteeffekte also nur für Demokratien betrachtet.

Institutionelle Variablen

Um den Effekt von Vetospielern zu untersuchen, wird ein einfacher additiver Index konstruiert. Als mögliche Beschränkungen werden dabei Föderalismus, zweite Parlamentskammern, richterliche Normenkontrolle sowie die Verankerung direktdemokratischer Referenden in der Verfassung berücksichtigt¹⁶. Je höher der Wert des Index, desto größer ist die Anzahl an Vetospielern, die blockierend in den politischen Entscheidungsprozess eingreifen könnten. Da konstitutionelle Schranken realistischerweise nur in demokratischen Regimen greifen sollten, sind Jahre autokratischer Herrschaft nicht berücksichtigt. Zur Messung des Demokratieniveaus wird auf die klassische *Polity IV*-Skala zurückgegriffen, die von -10 (maximal autokratisch) bis +10 (maximal demokratisch) reicht. Die Verwendung dieser relativ feingliedrigen Variablen erlaubt es, neben einer simplen Unterscheidung von Demokratien und Autokratien, auch die vermuteten Differenzen innerhalb von Regimetypen zu berücksichtigen. Für die Bestimmung der demokratischen

¹⁶ Eine ebenfalls im Datensatz beinhaltete Dummy-Variable zum Typus des Regierungssystems wird nicht beachtet, da alle Länder über den gesamten Untersuchungszeitraum ein präsidentielles System aufweisen.

Erfahrung eines Landes wird dagegen eine dreiteilige Einteilung von Mainwaring et al. (2001) in autokratische, semidemokratische und demokratische Regime verwendet. Diese werden dabei jeweils mit dem Wert 0, 0,5 bzw. 1 versehen. Als Maßzahl wird für jedes Jahr anschließend die kumulierte Summe dieser Werte seit 1970 gebildet.

Globalisierung

Die Handelsoffenheit einer Volkswirtschaft wird typischerweise durch ihre Außenhandelsquote gemessen, die als Quotient aus der Summe von Exporten und Importen und dem BIP definiert ist. Für die Kapitalmobilität gibt es dagegen keine allgemein anerkannten Maßzahlen, daher werden hierfür verschiedene Operationalisierungen verwendet. Auf der einen Seite soll die Summe aus Ab- und Zuflüssen von Kapital, normiert als Anteil am BIP, abbilden, wie stark das jeweilige Land in grenzüberschreitende Marktbewegungen eingeschlossen ist. Leider ist diese Variable nur relativ lückenhaft und für 361 von 558 möglichen Beobachtungen verfügbar. Zudem weisen direkte Messungen von Kapitalbewegungen das Problem einer hohen Volatilität und Anfälligkeit gegenüber makroökonomischen Schwankungen auf (vgl. Kaufman/Segura-Ubiergo 2007: 563). Als Alternative wird daher ein Index herangezogen, der die Liberalisierung von Finanzflüssen auf einer Skala von 0 (sehr niedrig) bis 1 (sehr hoch) abbildet¹⁷. Dieser bildet dabei eher die Offenheit von Kapitalmärkten und die Abwesenheit von Regulierungen ab. Zwar ist der Index erst ab 1985 verfügbar, umfasst ab dann jedoch alle Länder und sollte die besonders interessierenden Effekte der Globalisierungswende in Folge der Schuldenkrise abbilden können. Der Einfluss des IWF wird schließlich durch die Höhe der bestehenden Rückkaufvereinbarungen (*repurchasing obligations*) mit dem Währungsfonds gemessen. Die Gewährleistung der Vergleichbarkeit erfolgt wiederum durch Normierung am BIP.

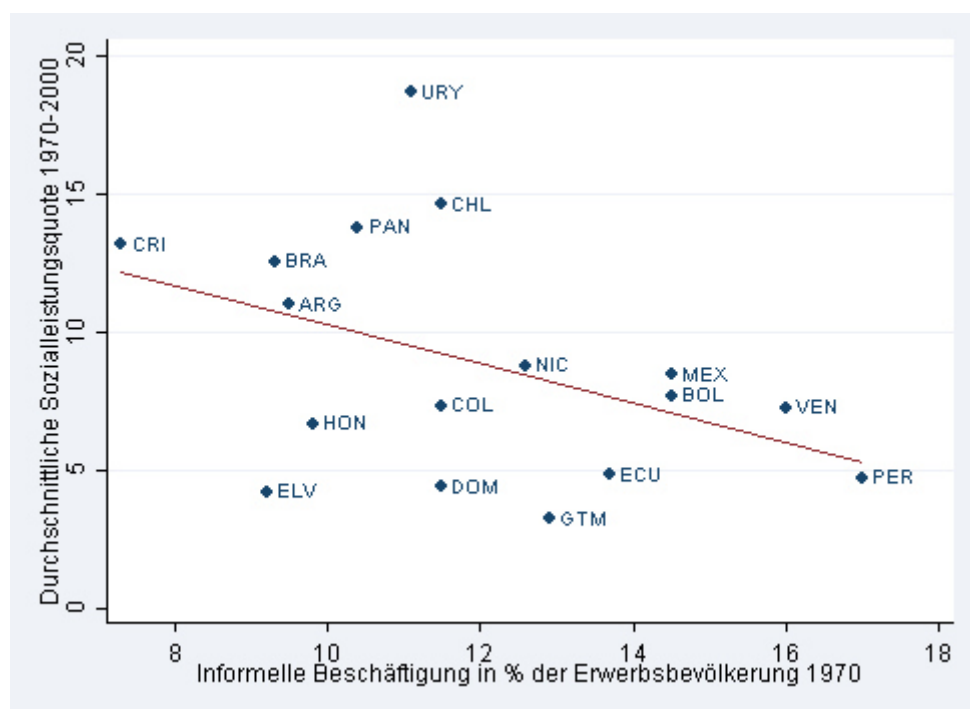
4.2. Übersicht und Diskussion der Ergebnisse

Unter Verwendung einer Statistiksoftware werden die theoretisch erschlossenen und empirisch operationalisierten unabhängigen Variablen nun auf ihre Erklärungskraft für die wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungen überprüft. Dies geschieht durch die analytische Betrachtung des Zusammenhangs zwischen zwei Variablen sowohl durch Berechnung bivariater Korrelationsmaße wie *Pearson's r* als auch der grafischen Verdeutlichung in zweidimensionalen Koordinatensystemen. Es sei bereits an dieser Stelle hervorgehoben, dass eine solche rein deskriptive Untersuchung keinerlei Rückschlüsse auf die Kausalität von Erklärungsfaktoren erlaubt. Eine hierfür notwendige multivariate Regressionsanalyse liegt jedoch außerhalb des Rahmens dieser Arbeit. Dennoch können Korrelationen wichtige erste Hinweise darauf geben, welche Variablen einen Beitrag zur Erklärung wohlfahrtsstaatlicher Varianz zwischen Ländern und über die Zeit liefern und welche daran scheitern. Ähnliche Untersuchungen für OECD-Staaten konnten dabei gute Ergebnisse liefern (vgl. Schmidt 2005: 208-211).

¹⁷ Für die genaue Definition des Index und seine Zusammensetzung siehe Lora (2001: 28).

Als erster Befund lässt sich, wie in den OECD-Ländern, die große Bedeutung sozioökonomischer Determinanten herausstellen. Alle identifizierten Variablen weisen dabei die theoretisch vermutete Richtung des Zusammenhangs auf: So zeigen die Korrelationskoeffizienten, dass die durchschnittliche Sozialleistungsquote zwischen 1970 und 2000 umso höher ist, je höher im Schnitt der Urbanisierungsgrad ($r=0,58$), das BIP pro Kopf ($r=0,56$), die Höhe der jährlichen Staatseinnahmen ($r=0,88$) sowie die Seniorenquote ($r=0,72$), die den Anteil der über 65-Jährigen misst, in einem Land sind. Wie die im Appendix in Abbildung A1 bis A4 abgebildeten Streudiagramme zeigen, sind all diese Zusammenhänge sogar dann stabil und signifikant von Null verschieden, wenn man die Datenpaare auf jährlicher Basis und nicht nur im Durchschnitt erhebt. Im Gegensatz dazu kann keine signifikante Korrelation zwischen dem durchschnittlichen Anteil der industriellen Produktion am BIP und den Sozialausgaben ($r=0,18$) gefunden werden (s. auch Abb. A5). Dies bestätigt die theoretische Vermutung, dass in Lateinamerika urbane konfliktfähige Berufsgruppen und nicht, wie in Europa, industrielle Arbeiter eine Schlüsselrolle bei der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung spielen. Darüber hinaus verdeutlicht Abbildung 2 einen negativen Zusammenhang zwischen den Sozialausgaben und der Größe des informellen Sektors. Die Vermutung, dass diese Variable ein besonderes Hindernis auf dem Weg zu einem ausgebautem Wohlfahrtsstaat in Lateinamerika darstellt, lässt sich also ebenfalls belegen.

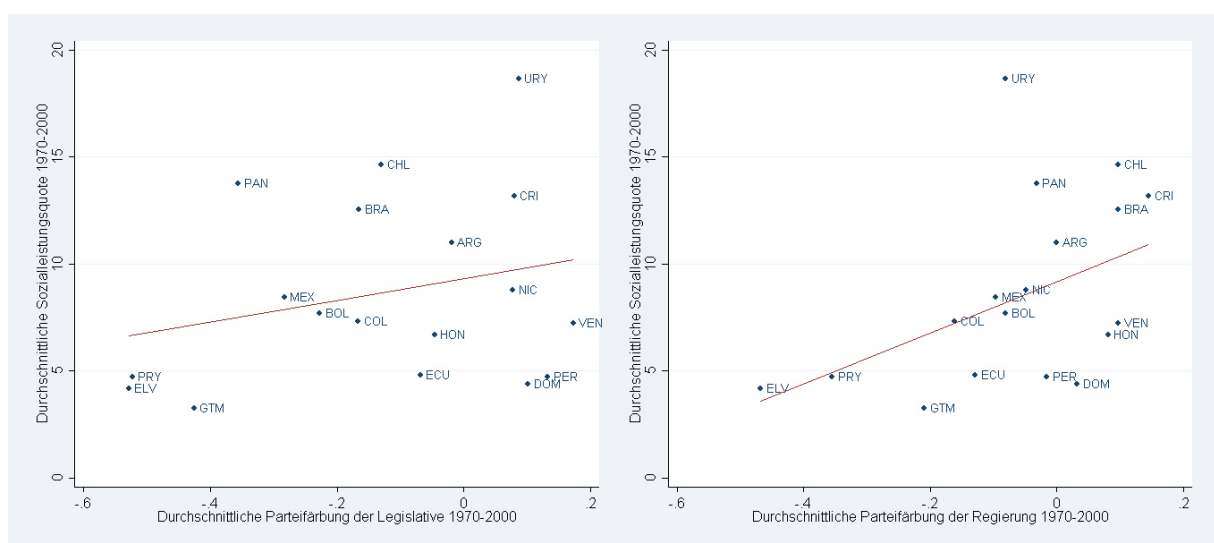
Abbildung 2 Zusammenhang zwischen Größe des informellen Sektors und Sozialleistungsquote



Neben diesen positiven Befunden für eine funktionalistische Logik sozioökonomischer Antriebskräfte, sticht jedoch in allen Diagrammen die große Varianz in der abhängigen Variable ins Auge: So zeigen die Abbildungen A1 und A2, dass auch bei einem ähnlichen Entwicklungsstand die Sozialleistungsquote stark variieren kann. Diese Unterschiede müssen also auf andere Faktoren zurückzuführen sein.

Erste Anhaltspunkte können dabei die Ergebnisse zu konflikttheoretischen Erklärungsansätzen liefern. So lässt sich über den gesamten Untersuchungszeitraum gerechnet eine positive Korrelation zwischen dem durchschnittlichen Niveau der parteipolitischen Färbung der Regierung und den Sozialausgaben finden ($r=0,44$). Etwas gemischt fallen die Befunde mit Blick auf die Legislative aus: Während der Sitzanteil linker Parteien nicht mit den Sozialausgaben zusammenzuhängen scheint (s. Abb. A6), weist der Durchschnitt des konstruierten Index zur parteipolitischen Orientierung des gesamten Parlaments einen schwach positiven Korrelationskoeffizienten ($r=0,26$) auf. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass es zwar keinen positiven linken Effekt gibt, eine Dominanz konservativer Kräfte dagegen negativ auf die Sozialausgaben wirkt. Insgesamt zeigt die relative Schwäche des Zusammenhangs jedoch auch, dass die Machtverteilung in der Exekutive einen höheren Einfluss auf die Sozialpolitik auszuüben scheint als in der Legislative. Die direkte grafische Gegenüberstellung in Abbildung 3 verdeutlicht, dass der Zusammenhang für die Regierungsvariable signifikant stärker und linearer ist und weniger stark streut. Diese Beobachtung deckt sich mit der empirischen Evidenz aus der OECD-Welt, welche die Regierungsparteiendifferenzthese als eine der überzeugendsten Erklärungen herausgestellt hat (vgl. Schmidt et al. 2007: 250). Dagegen sind die Indizien für die klassische Machtressourcentheorie eher schwach. So weist der gewerkschaftliche Organisationsgrad sowohl in Pearson's Korrelationskoeffizient ($r=0,18$) als auch in der grafischen Veranschaulichung in Abbildung A7 kaum einen Zusammenhang mit der Höhe der Sozialausgaben auf. Als kurzes Zwischenfazit kann somit an dieser Stelle festgehalten werden: *Politics matter a bit*, denn trotz einiger positiver Indikationen, reicht die Stärke der Zusammenhänge bei Weitem nicht an die der Befunde in europäischen Wohlfahrtsstaaten heran.

Abbildung 3 Zusammenhang zwischen der durchschnittlichen Parteifärbung in der Legislative bzw. der Regierung und der durchschnittlichen Sozialleistungsquote, 1970-2000



Anmerkungen: Skala der Parteifärbung von -1 (komplette Dominanz rechter Parteien) bis +1 (komplette Dominanz linker Parteien). Nur Jahre mit demokratischen Regimen betrachtet.

Wie schneiden demgegenüber Variablen ab, die eher die *Polity*-Dimension betonen? Vergleicht man die durchschnittliche Anzahl an Vetospielern mit dem Durchschnitt der Sozialleistungsquote, ergibt sich ein mittlerer positiver Korrelationskoeffizient ($r=0,40$, s. auch Abb. A8). Dies ist ein erstaunlicher Befund, da er somit dem erwarteten negativen Einfluss diametral gegenübersteht. Aus theoretischer Sicht lässt sich einwenden, dass der bremsende Effekt konstitutioneller Schranken nicht nur in Zeiten der sozialpolitischen Expansion, sondern auch in Phasen wohlfahrtsstaatlichen Rückbaus in Krisenzeiten greifen könnte. So wäre es möglich, dass Vetospieler zwar keine Einwände gegen eine Erhöhung der Sozialausgaben vorbringen, sobald jedoch Kürzungen drohen, sie sich drastisch zur Wehr setzen und diese zu verhindern versuchen. Naheliegender scheint jedoch die Vermutung, dass die positive Korrelation auf den Effekt nicht beachteter Drittvariablen zurückzuführen ist. So ist denkbar, dass Staaten mit vielen Vetospielern auch einen höheren sozioökonomischen Entwicklungsstand aufweisen, der wie gezeigt deutlich positiv auf Wohlfahrtsstaaten wirkt. Der hohe Korrelationskoeffizient ($r=0,69$) zwischen dem Vetospieler-Index und dem BIP pro Kopf ist hierfür ein starkes Indiz.

Tabelle 2 Korrelationskoeffizienten nach Pearson zwischen dem Demokratieniveau und der Sozialleistungsquote, aufgeteilt nach Budgetkomponenten und Untersuchungsperioden

Periode	Sozialleistungsquote			
	Gesamt	SSW	Bildung	Gesundheit
1970-2000	0,19	0,02	0,30	0,27
1970-1981	0,04	-0,21	0,35	0,24
1982-1990	-0,12	-0,26	0,10	-0,02
1991-2000	0,47	0,40	0,36	0,29

Anmerkungen: Demokratieniveau gemessen auf Polity IV-Skala von -10 (maximal autokratisch) bis +10 (maximal demokratisch). SSW = Ausgaben für soziale Sicherung und Wohlfahrt (*social security and welfare*).

Auf den ersten Blick scheint auch der Vergleich mit dem Demokratieniveau unter einem solchen Problem ausgelassener Variablen zu leiden, denn der Zusammenhang mit der Sozialleistungsquote ist über den gesamten Untersuchungszeitraum berechnet nur sehr schwach positiv ($r=0,19$). Doch wie die erste Zeile von Tabelle 2 zeigt, legt eine Aufschlüsselung der Sozialausgaben in unterschiedliche Budgetkomponenten ein interessantes Muster frei. Während zwischen dem Demokratieniveau und den Ausgaben für soziale Sicherung und Wohlfahrt kein Zusammenhang ersichtlich ist ($r=0,02$), weisen die Bildungs- und Gesundheitsausgaben eine deutliche positive Korrelation auf ($r=0,30$ bzw. $r=0,27$). Diese Beobachtung scheint die in Hypothese 4c geäußerte Vermutung zu bestätigen: Umso demokratischer ein Regime, desto mehr steigen die progressiv wirkenden Gesundheits- und Bildungsausgaben. Demgegenüber sind die Aufwendungen für Soziale Sicherung wie Renten und Arbeitslosenunterstützung in Demokratien nicht höher, da die breite Masse neuer Wähler aufgrund ihrer regressiven Wirkung keine Vorteile bei einer Erhöhung erwarten kann. Unterteilt man, wie in den Zeilen 2 bis 4 von Tabelle 2, den Untersuchungszeitraum in verschiedene Perioden, lassen sich weitere Trends identifizieren.

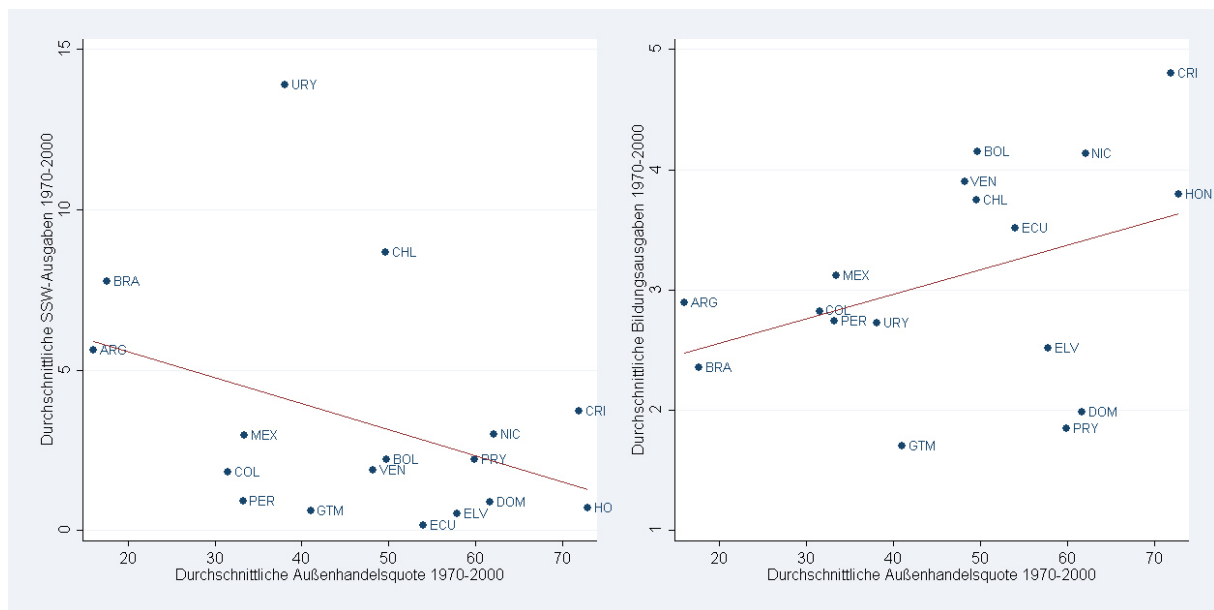
In der Phase der Prä-Globalisierung vor 1980 zeichnet sich ein ähnliches Bild ab, wobei hier sogar ein negativer Zusammenhang zwischen Demokratieniveau und Sozialversicherungs- und Wohlfahrtsausgaben besteht. Im Zeitraum zwischen 1982 und 1990, der maßgeblich durch die schwere Schulden- und Wirtschaftskrise geprägt ist, werden die Korrelationen deutlich schwächer und mitunter sogar negativ. Es ist zu vermuten, dass der positive Demokratieeffekt durch negative Auswirkungen der Wirtschaftskrise und der zunehmenden Globalisierung überlagert wird und mitunter demokratische Regime sogar in stärkere Kürzungszwänge zu geraten scheinen. Ab 1991 dagegen zeigt sich für die Gesamtausgaben ein deutlich positiver Zusammenhang. In Anbetracht der Tatsache, dass ab diesem Zeitpunkt alle betrachteten Länder demokratische Regime aufweisen, spricht dies stark für einen positiven Demokratieeffekt auf Wohlfahrtsstaaten in Lateinamerika.

Hingegen ist der Zusammenhang zwischen der kumulierten Demokratieerfahrung und der Sozialleistungsquote nur sehr schwach positiv (s. Abb. A9). Dies könnte allerdings ebenfalls auf den Einfluss ausgelassener Variablen, etwa eines gegenläufigen Globalisierungseffekts, zurückzuführen sein. Zudem kann diese Variable den möglicherweise stark negativen Effekt einer autokratischen Machtübernahme nicht berücksichtigen, da die kumulierte Summe in diesen Fällen konstant bleibt.

Als nächstes soll diskutiert werden, ob tatsächlich Hinweise auf einen negativen Effekt von Globalisierung und internationalen Faktoren auf die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung gefunden werden können. Zunächst zeigt sich jedoch, dass Panama als ein extremer Ausreißer aus der Untersuchung des Einflusses der Handelsoffenheit ausgeschlossen werden muss. Die enorm hohe Außenhandelsquote von im Schnitt 161 % ist dabei vermutlich auf die Bedeutung des Panamakanals als hochfrequentierter Warenumsschlagplatz zurückzuführen. Da dieser Wert mehr als das Dreifache des regionalen Durchschnitts darstellt, würde er die Ergebnisse zu stark verzerren. Bildet man nach dieser Anpassung den Korrelationskoeffizienten zwischen der Außenhandels- und der Sozialleistungsquote, ergibt sich ein, wie vermutetet, negativer, wenn auch recht schwacher Zusammenhang ($r=-0,23$). Interessanterweise zeigen sich jedoch auch in diesem Fall wieder starke Divergenzen bei Betrachtung einzelner Ausgabentypen: Für die Sozialversicherungs- und Wohlfahrtsausgaben ist der Zusammenhang dabei mit einem Koeffizienten von $r=-0,37$ deutlich stärker negativ ausgeprägt. In Übereinstimmung mit der theoretischen Erwartung scheint eine starke Effizienzlogik auf diese Aufwendungen zu wirken, die mit zunehmender Öffnung der Volkswirtschaft als eine Bürde für die Wettbewerbsfähigkeit empfunden werden. Während für die Gesundheitsausgaben kein Zusammenhang auffindbar ist ($r=0,08$), weisen die Bildungsausgaben dagegen mit einem Wert von $r=0,38$ eine signifikant positive Korrelation mit der Handelsoffenheit auf. Doch auch diese Beobachtung lässt sich gut mit der Effizienzthese erklären, denn im Gegensatz zu Sozialversicherungsabgaben implizieren Bildungsausgaben keinen direkten Aufschlag auf die Lohnstückkosten. Vielmehr können sie auch als eine Investition in das Humankapital der zukünftigen Bevölkerung interpretiert werden, die der Kompetitivität der Volkswirtschaft im internationalen Wettbewerb auf lange

Sicht zu Gute kommt (vgl. Segura-Ubiergo 2007: 100). Der direkte Vergleich in Abbildung 4 verdeutlicht die unterschiedlichen Handelseffekte auf Sozialversicherungs- und Bildungsausgaben noch einmal. Dabei fällt auf, dass der negative Zusammenhang im linken Diagramm maßgeblich durch die Werte von Brasilien, Argentinien, Uruguay und Chile getrieben wird. Dies stellt keinen Zufall dar, denn wie ausgeführt nutzten gerade diese vier sozialpolitischen Pionierländer intensiv das protektionistische ISI-Modell, um umfangreiche Sozialversicherungssysteme aufzubauen.

Abbildung 4 Zusammenhang zwischen der durchschnittlichen Außenhandelsquote und den durchschnittlichen Ausgabenquoten für Sozialversicherungen bzw. Bildung

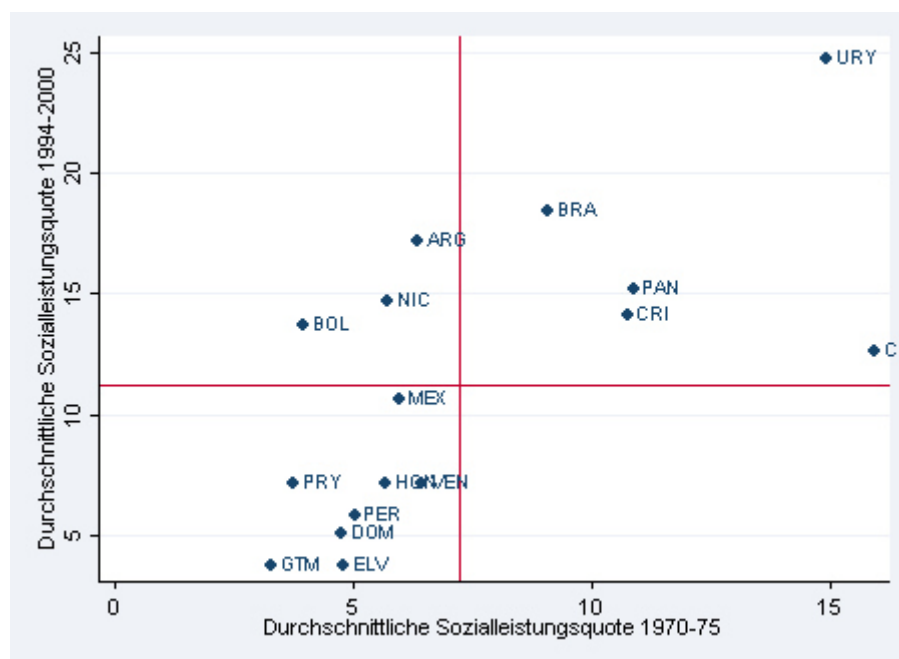


Anmerkungen: Panama als extremer Ausreißer entfernt. SSW = Ausgaben für soziale Sicherung und Wohlfahrt (*social security and welfare*).

Mit Blick auf die Handelsoffenheit lässt sich also einige überzeugende Evidenz für die Effizienzhypothese der Globalisierung anbringen. Für die Mobilität auf Kapitalmärkten können die theoretischen Erwartungen dagegen nicht bestätigt werden. So findet sich zwischen der Höhe der Kapitalströme und den Sozialausgaben ein schwacher positiver Zusammenhang ($r=0,19$). Der verwendete Index der Kapitalmarktoffenheit weist sogar einen mittleren positiven Korrelationskoeffizienten auf ($r=0,41$), wobei dieser auch bei der Betrachtung der Ländermittelwerte relativ stabil scheint (s. Abb. A10). Dieser Befund ist relativ überraschend, denn inverse Globalisierungseffekte auf Güter- und Kapitalmärkten scheinen wenig plausibel. Vielmehr wurden in der Literatur bisher eher negative und maximal insignifikante Einflüsse von Kapitalmarktindikatoren auf Wohlfahrtsstaaten gefunden (vgl. Avelino et al. 2005: 625). Auch die Maßzahl für den Einfluss des IWF weist eine nur sehr schwache positive Korrelation mit der Sozialleistungsquote auf ($r=0,16$). An dieser Stelle sei jedoch daran erinnert, dass eine Korrelation keinen kausalen Zusammenhang implizieren muss. Zudem weisen die hier verwendeten Variablen, wie diskutiert, einige Probleme und Unvollständigkeiten auf, die sich im Ergebnis niederschlagen könnten.

Zu guter Letzt soll überprüft werden, ob sich die aufgrund der historischen Entwicklung vermutete Pfadabhängigkeit lateinamerikanischer Wohlfahrtsstaaten quantitativ abbilden lässt. Hierbei wäre zu erwarten, dass Staaten, die zu Beginn des Untersuchungszeitraums relativ hohe Sozialausgaben tätigten, auch zum Ende hin zu den Spitzenreitern gehören. Abbildung 5 zeigt daher den Zusammenhang zwischen der durchschnittlichen Sozialleistungsquote zwischen 1970 und 1975 und derjenigen zwischen 1994 und 2000¹⁸. Die Grafik spricht dabei eine deutliche Sprache: Trotz der vielfältigen Einflussfaktoren über die betrachteten 30 Jahre hinweg, hat sich an der relativen Position der Wohlfahrtsstaaten zueinander nur recht wenig geändert: Die Vorreiterländer Uruguay, Brasilien, Argentinien, Costa Rica sowie mit einigen Abstrichen Chile weisen nach wie vor die generösesten Sozialstaaten der Region auf. Dagegen gelang es Nachzüglern wie Guatemala, El Salvador, der Dominikanischen Republik, aber auch Paraguay und Peru nicht ihren Rückstand aufzuholen. Sie verharren somit weiter auf einem sehr niedrigen Niveau sozialstaatlicher Aufwendungen.

Abbildung 5 Zusammenhang zwischen den durchschnittlichen Sozialleistungsquoten von 1970-75 und 1994-2000 als Indikator für Pfadabhängigkeit



Anmerkungen: Kolumbien und Ecuador aufgrund fehlender Werte entfernt. Vertikale und horizontale rote Linien stellen Periodenmittelwerte dar.

¹⁸ Aufgrund einiger fehlender Beobachtungen mussten die Randperioden etwas ausgedehnt werden, um möglichst alle Länder aufzunehmen. Für Kolumbien und Ecuador lagen jedoch weiter nicht genügend Werte vor.

5. Fazit

Im Mittelpunkt dieser Arbeit stand die Frage, ob sich die Entwicklung von Wohlfahrtsstaaten in Lateinamerika mit den im Kontext der OECD-Staaten entstandenen theoretischen Ansätzen adäquat erklären lässt. Mit Blick auf die Resultate der empirischen Untersuchung fällt die Antwort hierauf insgesamt positiv aus: Für alle vorgestellten Theorieschulen konnte zumindest ein Teil der Hypothesen bestätigt werden.

Besonders überzeugende Befunde wurden dabei für den Einfluss sozioökonomischer Faktoren sowie für die These der Pfadabhängigkeit gefunden. Ersteres ist dabei nicht sonderlich überraschend, denn Sozialpolitik wird bis zu einem gewissen Grad immer von gesellschaftlichen Bedarfslagen wie Änderungen in der Demographie und der Wirtschaftsstruktur auf den Plan gerufen, welche den Rahmen der Möglichkeiten staatlicher Handlungen prädestinieren. Dass auch in Lateinamerika wohlfahrtsstaatliche Politik in einem hohen Maße pfadabhängig ist, scheint zu bestätigen, was sich bereits in vielen OECD-Staaten gezeigt hat: Die Durchsetzung tiefgreifender Reformen der Sozialstaatssysteme gehört zu den größten Herausforderungen für Regierungen und ein Abweichen von einmal eingeschlagenen Wegen ist nur schwer möglich.

Als ein entscheidender Einflussfaktor für lateinamerikanische Wohlfahrtsstaaten hat sich zudem die demokratische Verfasstheit des politischen Systems erwiesen. Die (Re-) Demokratisierungswelle der 1980er hat sich dabei spürbar positiv auf die Generosität der Sozialausgaben ausgewirkt. Gleichzeitig unterstreichen die je nach Umverteilungswirkung unterschiedlichen Effekte von Sozialversicherungs- und Bildungsausgaben auch, dass es demokratisch legitimierten Regierungen durchaus gut zu gelingen scheint, die sozialpolitischen Präferenzen der Wähler umzusetzen. Ebenfalls in Übereinstimmung mit der OECD-Literatur hat sich gezeigt, dass linke Regierungen eine dezidiert sozialstaatsfreundlichere Haltung einnehmen und sich dies auch in ihren Politikergebnissen niederschlägt. Die Stärke von Parteieneffekten kann dabei jedoch nicht mit den in Europa beobachteten Ausmaßen mithalten. Ob dies eher einer historischen Schwäche der politischen Linken oder der allgemein geringeren Bedeutung politischer Variablen zuzuschreiben ist, kann noch nicht abschließend entschieden werden. In diesem Zusammenhang wäre insbesondere interessant zu überprüfen, ob sich die seit der Jahrtausendwende beobachtete Linkswende in den wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungen niederschlägt. Aufgrund fehlender Daten war jedoch eine Berücksichtigung dieses Zeitraums in dieser Arbeit noch nicht möglich.

Etwas weniger eindeutige Ergebnisse wurden mit Blick auf die vieldiskutierten Auswirkungen der Globalisierung gefunden. Während für die Öffnung der Gütermärkte insgesamt ein leicht negativer Einfluss aufgezeigt werden konnte, wiesen die Korrelationskoeffizienten für eine größere Kapitalmobilität in die entgegengesetzte Richtung, wobei die Validität für letztere Befunde aufgrund der Datenprobleme in den verwendeten Variablen fraglich ist. Es bleibt jedoch anzumerken, dass gerade im Falle internationaler Wirtschaftsverflechtungen eine

Vielzahl verschiedener Einflussfaktoren parallel und in unterschiedliche Richtung wirken kann. Gerade bei der Anwendung simpler bivariater Zusammenhangsmaße können daher leicht unkontrollierbare Verzerrungen auftreten. Unbeachtet dieser methodischen Schwierigkeiten, kann jedoch in jedem Fall, und in Übereinstimmung mit der Literatur, festgehalten werden, dass Globalisierung Sozialpolitik in Lateinamerika keinesfalls, wie in den OECD-Staaten, erleichtert, sondern vermutlich eher erschwert.

Wenngleich somit etliche Parallelen in der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung und ihren Triebkräften zwischen Lateinamerika und der OECD-Welt auftreten, hat die Analyse auch gezeigt, dass sich lateinamerikanische Sozialstaaten durch einige charakteristische Besonderheiten auszeichnen: Zum einen ist sowohl ihre Entstehung als auch die weitergehende Entwicklung stark durch die Einflussnahme politischer und wirtschaftlicher Eliten geprägt, die wohlfahrtsstaatliche Politik nicht selten als ein Machtinstrument verwendeten. Die für die lateinamerikanische Politik und Gesellschaften so typische extreme Ungleichheit spiegelt sich somit auch in diesem Bereich wider. Zum anderen, und dies ist sicherlich einer der bemerkenswertesten Befunde dieser Untersuchung, schlägt sich dies in einer eklatant regressiven Wirkung von Sozialversicherungssystemen nieder. Während gerade in Europa Sozialstaaten als ein Mittel zur Vermeidung extremer Armut und sozialer Notlagen und mitunter auch zur Umverteilung von Einkommen gesehen werden, tragen diese in Lateinamerika teilweise sogar zur Verstärkung sozialer Ungleichheiten bei. Dabei bleibt ein großer Teil der Bevölkerung aufgrund der hohen Informalität der Arbeitsmärkte bis heute vom Zugang zu staatlichen Leistungen ausgeschlossen. Gerade aus einer entwicklungspolitischen Perspektive sind dies alarmierende Ergebnisse, denen für eine Lösung der nach wie vor bestehenden großen sozialen Probleme in der Region mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte.

Dagegen sind die Resultate für die akademische Disziplin der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung vielversprechend. So haben sich einerseits die im OECD-Kontext entwickelten Theorien und Methoden auch für eine andere Region als anschlussfähig und zu großen Teilen überzeugend erwiesen. Andererseits haben sich lateinamerikanische Sozialstaaten dabei als ein facettenreiches und interessantes Untersuchungsobjekt herausgestellt. Gerade mit Blick auf die geforderte Fokuserweiterung in der Fachrichtung sollte der Entwicklung von Wohlfahrtsstaaten in Lateinamerika daher auch in Zukunft und nach Möglichkeit mit noch ausgereifteren Methoden mehr Beachtung geschenkt werden.

Appendix

Abbildung A1 Zusammenhang zwischen Urbanisierung und Sozialleistungsquote, 1970-2000

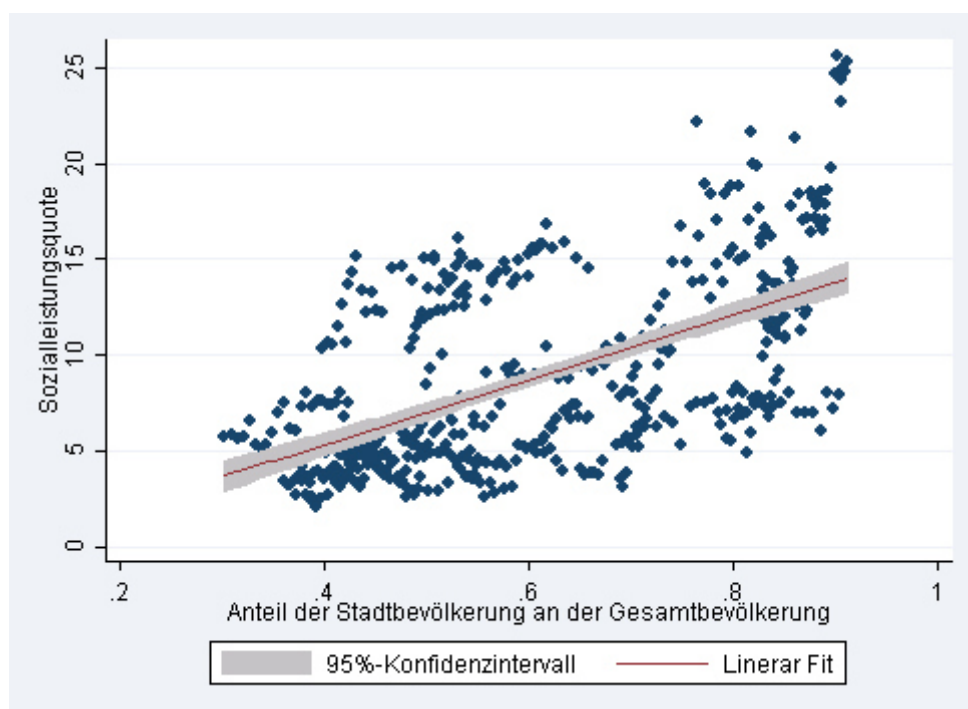


Abbildung A2 Zusammenhang zwischen BIP pro Kopf und Sozialleistungsquote, 1970-2000

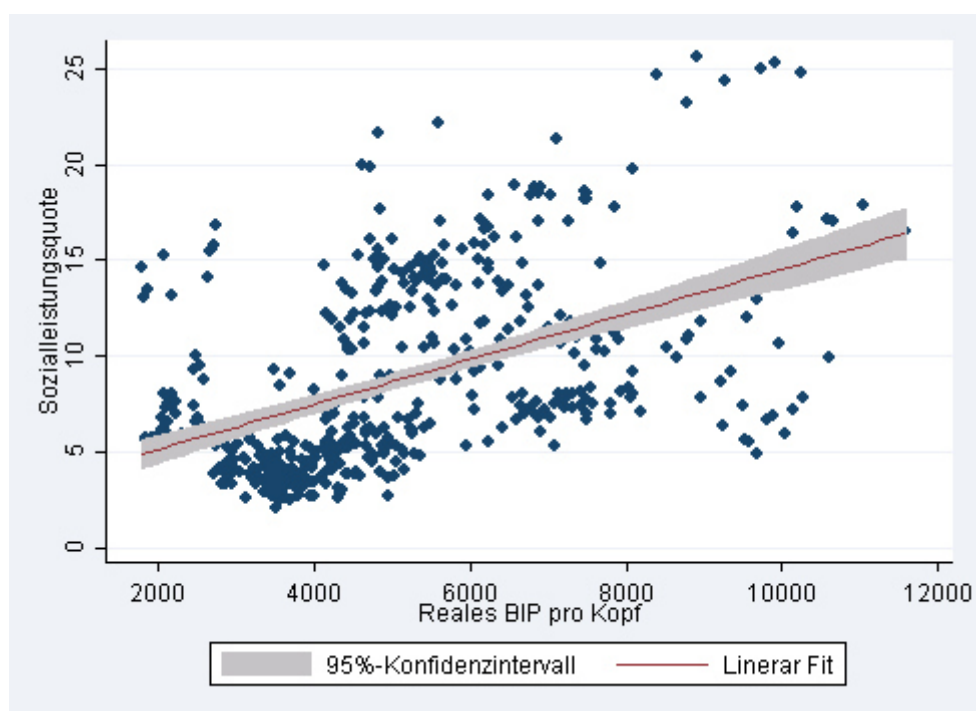


Abbildung A3 Zusammenhang zwischen Staatskapazität und Sozialleistungsquote, 1970-2000

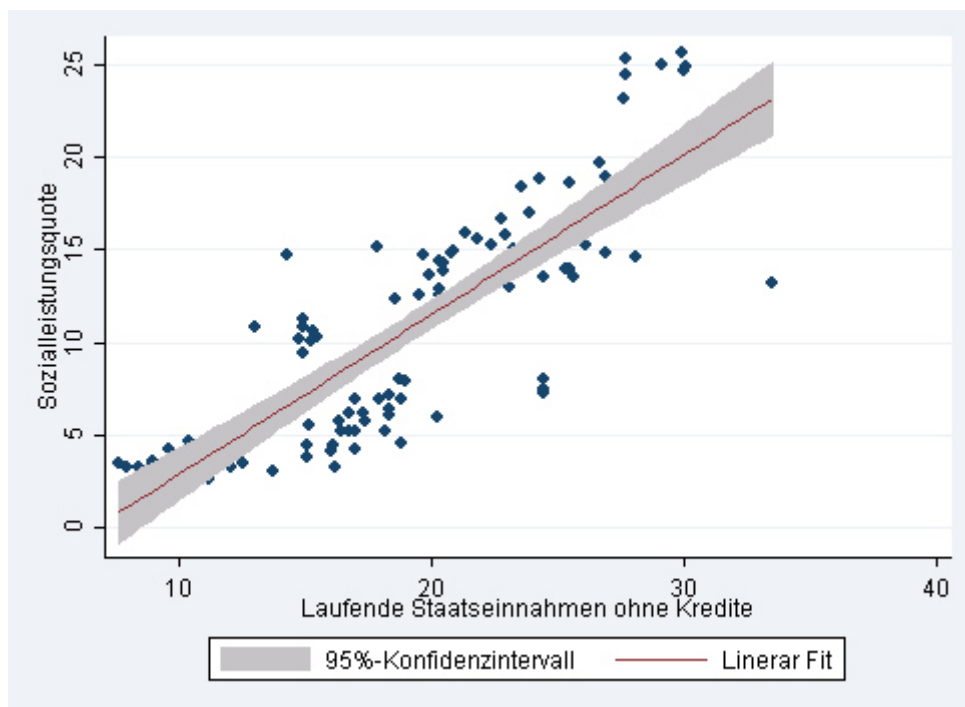
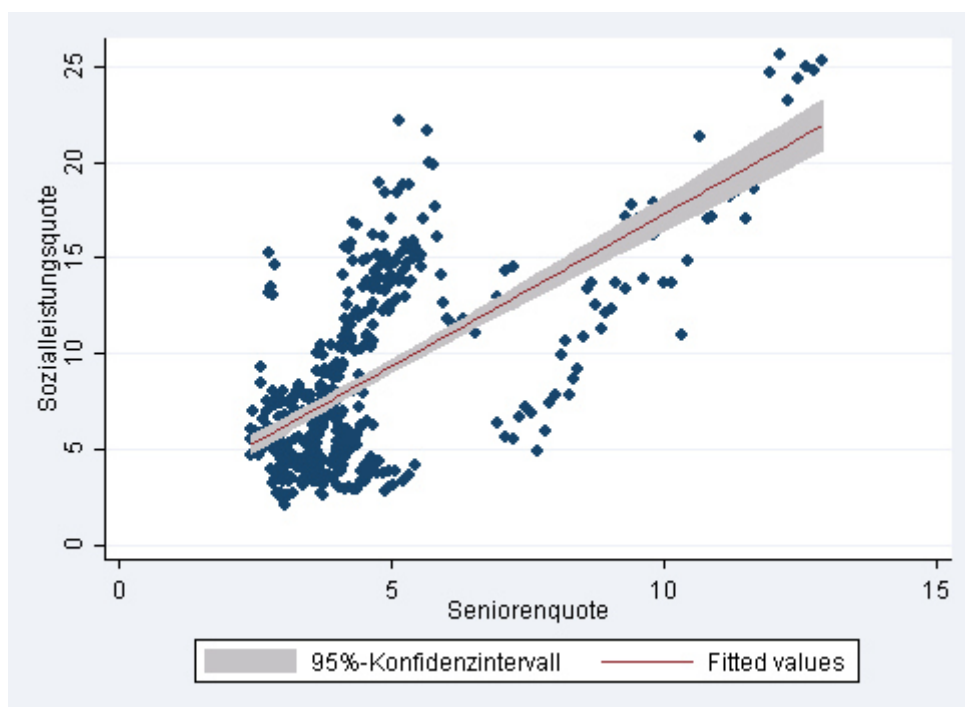


Abbildung A4 Zusammenhang zwischen Seniorenquote und Sozialleistungsquote, 1970-2000



Anmerkung: Seniorenquote als Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung.

Abbildung A5 Zusammenhang zwischen Industrialisierung und Sozialleistungsquote, 1970-2000

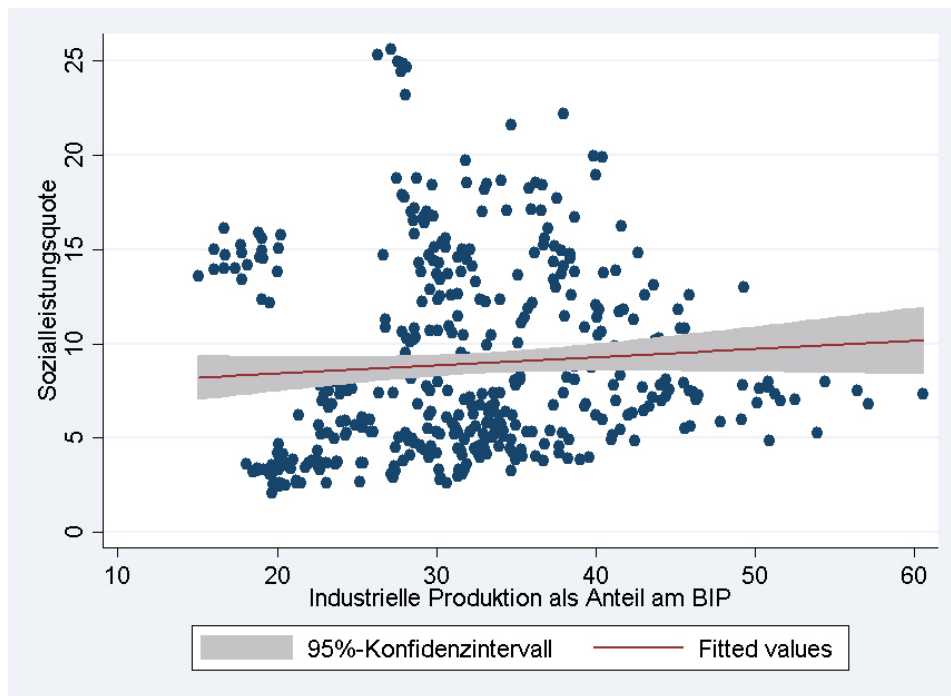
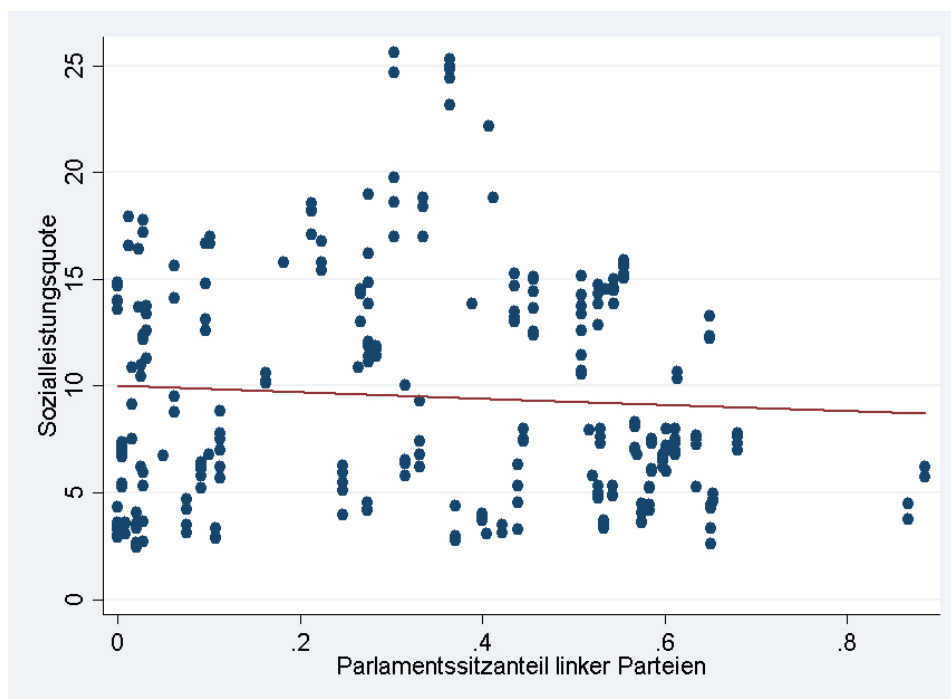
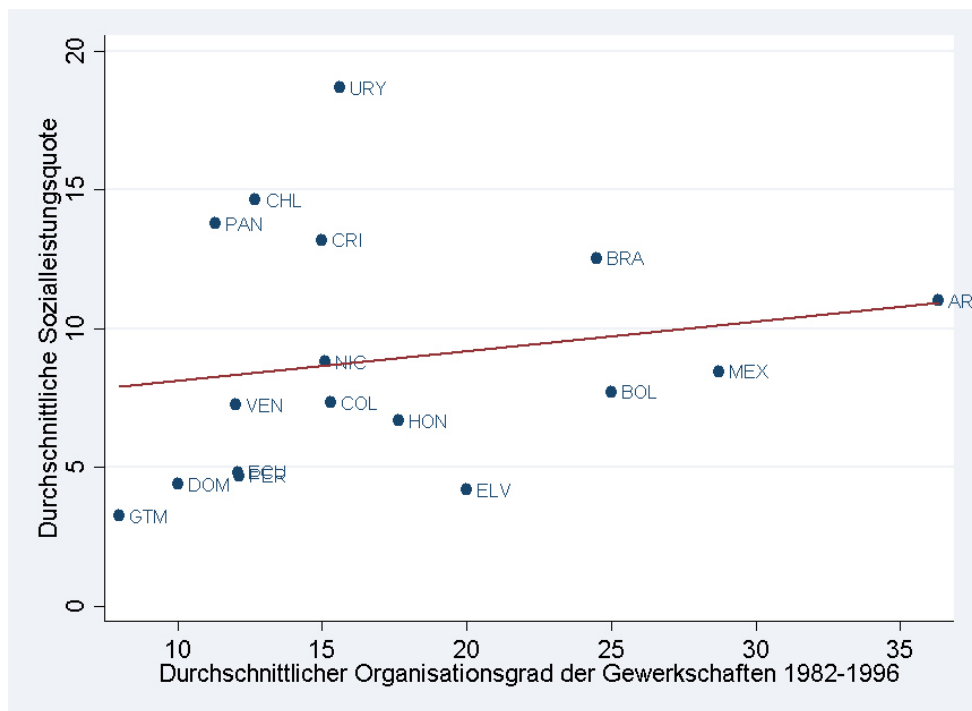


Abbildung A6 Zusammenhang zwischen dem Parlamentssitzanteil linker Parteien und der Sozialleistungsquote, 1970-2000



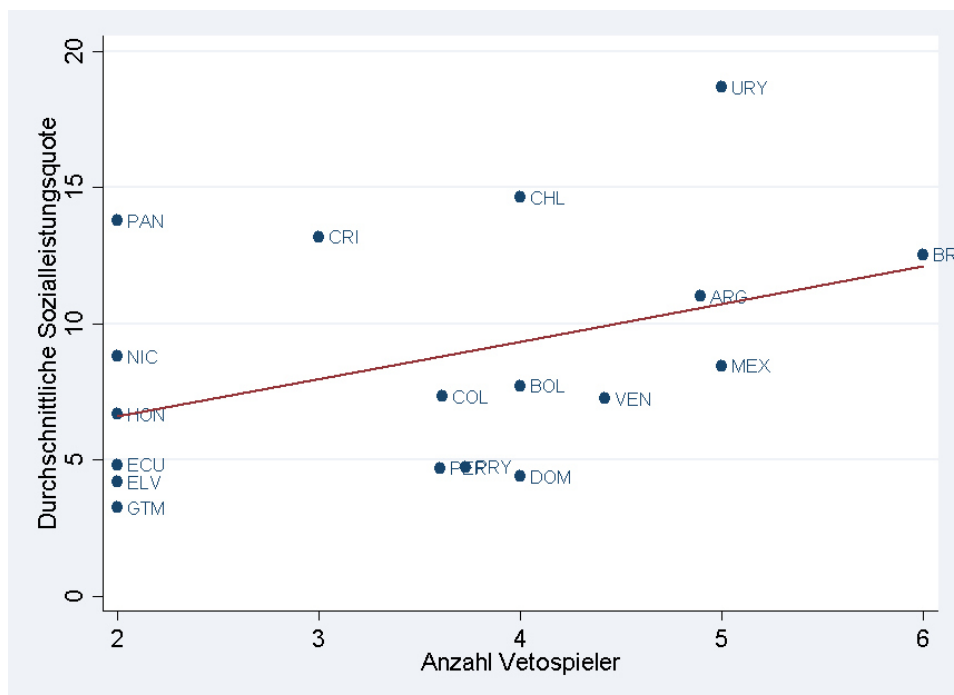
Anmerkung: Nur Jahre mit demokratischen Regimen betrachtet.

Abbildung A7 Zusammenhang zwischen dem Durchschnitt des gewerkschaftlichen Organisationsgrades 1982-1996 und der durchschnittlichen Sozialleistungsquote 1970-2000



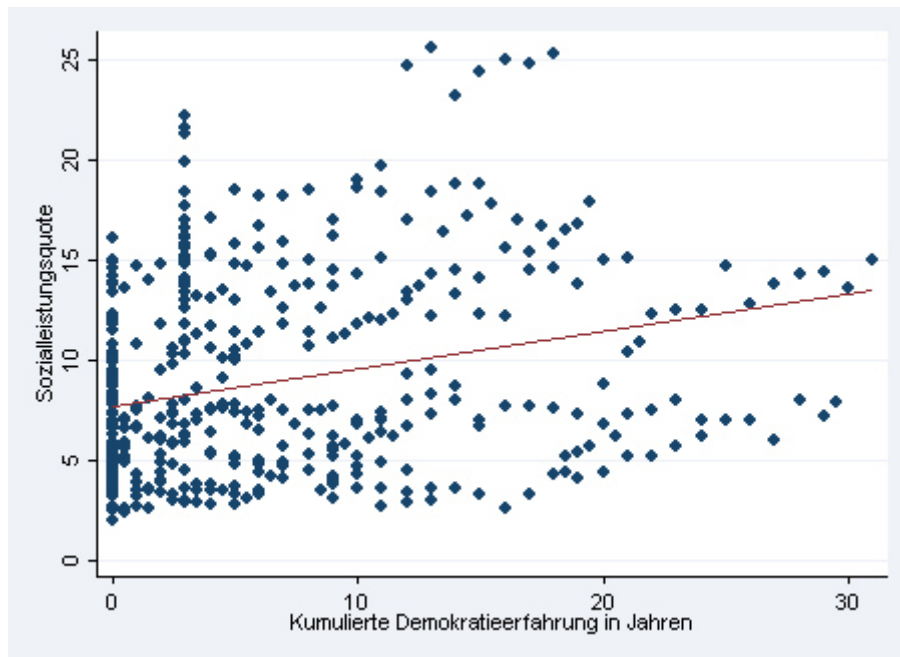
Anmerkung: Organisationsgrad als Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an gesamter Erwerbsbevölkerung

Abbildung A8 Zusammenhang zwischen der durchschnittlichen Anzahl an Vetospielern und der durchschnittlichen Sozialleistungsquote, 1970-2000



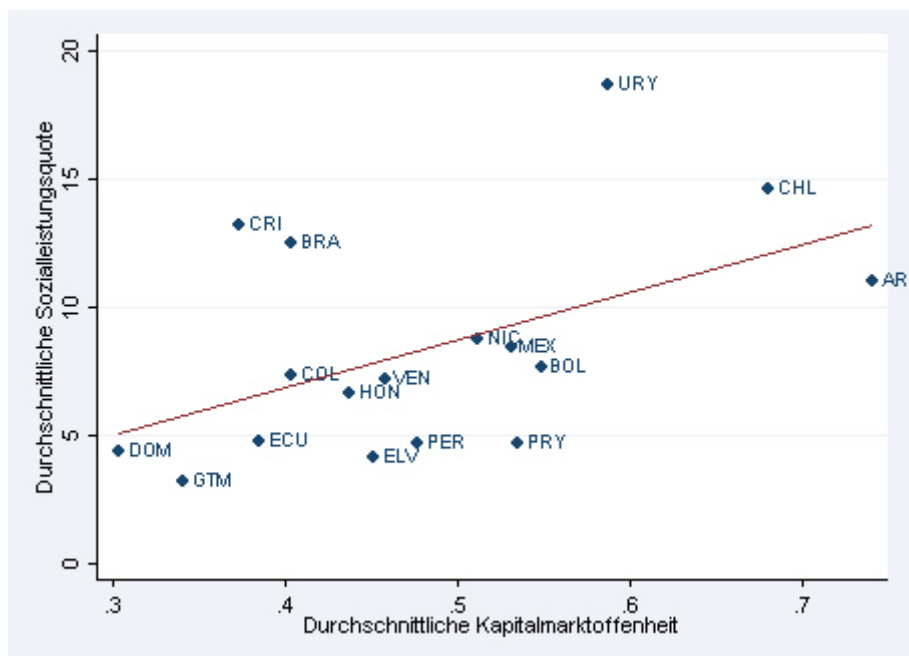
Anmerkung: Anzahl der Vetospieler ist Summe aus: Föderalismus (0: nicht existent; 1: schwach; 2: stark), Bikameralismus (0: nicht existent; 1: schwach; 2: stark), Verankerung von Referenda und Volksbegehren in der Verfassung (0: nicht existent; 1: existent, aber nicht verwendet; 2: existent und verwendet), richterliche Normenkontrolle (0: nicht existent; 1: existent).

Abbildung A9 Zusammenhang zwischen der kumulierten Demokratieerfahrung und der Sozialleistungsquote, 1970-2000



Anmerkung: Kumulierte Demokratieerfahrung als Summe von 1970 bis Beobachtungsjahr mit 0 für autokratisches Jahr, 0,5 für semidemokratisches Jahr und 1 für demokratisches Jahr.

Abbildung A10 Zusammenhang zwischen der durchschnittlichen Kapitalmarktoffenheit und der durchschnittlichen Sozialleistungsquote, 1970-2000



Anmerkung: Index der *Liberalization of financial flows* nach Lora (2001). Werte zwischen 0 (sehr niedrig) und 1 (sehr hoch).

Literaturverzeichnis

- Arts, Wil A./Gelissen John (2010): Models of the Welfare State, in: Castles, Francis G./Leibfried, Stephan/Lewis, Jane/Obinger, Herbert/Pierson, Christopher (Hrsg.): The Oxford Handbook of the Welfare State, Oxford: Oxford University Press, 569-583.
- Avelino, George/Brown, David S./Hunter, Wendy (2005): The Effects of Capital Mobility, Trade Openness, and Democracy on Social Spending in Latin America, 1980-1999, in: American Journal of Political Science, 49 (3), 625-641.
- Barrientos, Armando (2004): Latin America: Towards a Liberal-Informal Welfare Regime, in: Gough, Ian/Wood, Geof (Hrsg.): Insecurity and Welfare Regimes in Asia, Africa, and Latin America. Social Policy in Development Contexts, Cambridge: Cambridge University Press, 121-168.
- Barrientos, Armando (2009): Labour markets and the (hyphenated) welfare regime in Latin America, in: Economy and Society, 38 (1), 87-108.
- Brown, David S./Hunter, Wendy (1999): Democracy and Social Spending in Latin America, in: The American Political Science Review, 93 (4), 779-790.
- Cameron, David (1978): The Expansion of the Public Economy: A Comparative Analysis, in: The American Political Science Review, 72 (4), 1243-1261.
- Carnes, Matthew E./Mares, Isabela (2007): The Welfare State in Global Perspective, in: Boix, Carles/Stokes, Susan C. (Hrsg.): The Oxford Handbook of Comparative Politics, Oxford: Oxford University Press, 868-885.
- Castles, Francis/Obinger, Herbert/Leibfried, Stephan (2005): Bremst der Föderalismus den Leviathan? Bundestaats und Sozialstaats im internationalen Vergleich, 1880-2005, in: Politische Vierteljahresschrift, 46 (2), 215-237.
- Clasen, Jochen/Siegel, Nico A. (2007): Investigating Welfare State Change. The „Dependent Variable Problem“ in Comparative Analysis, Cheltenham/Northampton: Edward Elgar.
- Colomer, Josep M./Escatel, Luís E. (2005): La Dimensión Izquierda-Derecha en América Latina, in: Desarrollo Económico, 45 (2), 123-136.
- Coppedge, Michael (1997): A Classification of Latin American Political Parties, Working Paper #244, The Helen Kellogg Institute for International Studies, online verfügbar unter: <http://kellogg.nd.edu/publications/workingpapers/WPS/244.pdf> [letzter Zugriff: 07.01.2016].
- ECLAC (2005): Social Panorama of Latin America 2005. Santiago de Chile: United Nations Publication.

- Esping-Andersen, Gøsta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge: Polity Press.
- Faust, Jörg/Lauth, Hans-Joachim/Muno, Wolfgang (2004): *Demokratisierung und Wohlfahrtsstaat in Lateinamerika: Querschnittsvergleich und Fallstudien*, in: Croissant, Aurel/Erdmann, Gero/Rüb, Friedbert W. (Hrsg.): *Wohlfahrtsstaatliche Politik in jungen Demokratien*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 189-222.
- Ferrera, Maurizio (1996): *The "Southern Model" of Welfare in Social Europe*, in: *Journal of European Social Policy*, 6 (1), 17-37.
- Garrett, Geoffrey (2001): *Globalization and Government Spending around the World*, in: *Studies in Comparative International Development*, 35 (4), 3-29.
- Haggard, Stephen/Kaufman, Robert R. (2008): *Development, Democracy and Welfare States. Latin America, East Asia, and Eastern Europe*, Princeton/Oxford: Princeton University Press.
- Hagopian, Frances/Mainwaring, Scott P. (2005): *The Third Wave of Democratization in Latin America. Advances and Setbacks*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Huber, Evelyne (1996): *Options for Social Policy in Latin America: Neoliberal versus Social Democratic Models*, in: Esping-Andersen, Gøsta (Hrsg.): *Welfare States in Transition. National Adaptations in Global Economies*, London: SAGE Publications, 141-191.
- Huber, Evelyne/Bogliaccini, Juan (2010): *Latin America*, in: Castles, Francis G./Leibfried, Stephan/Lewis, Jane/Obinger, Herbert/Pierson, Christopher (Hrsg.): *The Oxford Handbook of the Welfare State*, Oxford: Oxford University Press, 644-655.
- Huber, Evelyne/Mustillo, Thomas/Stephens, John D. (2008): *Politics and Social Spending in Latin America*, in: *The Journal of Politics*, 70 (2), 420-436.
- Huber, Evelyne/Nielsen, François/Pribble, Jenny/Stephens, John D. (2006): *Politics and Inequality in Latin America and the Caribbean*, in: *American Sociological Review*, 71 (6), 943-963.
- Huber, Evelyne/Ragin, Charles/Stephens, John D. (1993): *Social Democracy, Christian Democracy, Constitutional Structure, and the Welfare State*, in: *American Journal of Sociology*, 99 (3), 711-749.
- Huber, Evelyne/Stephens, John D. (2001): *Development and Crisis of the Welfare State. Parties and Policies in Global Markets*, Chicago/London: The University of Chicago Press.

- Huber, Evelyne/Stephens, John D. (2012): Democracy and the Left. Social Policy and Inequality in Latin America, Chicago: The University of Chicago Press.
- Huber, Evelyne/Stephens, John D./Mustillo, Thomas/Pribble, Jennifer (2008): Social Policy in Latin America and the Caribbean Dataset, 1960-2006, online verfügbar unter: <http://www.unc.edu/~jdsteph/common/data-common.html> [letzter Zugriff: 05.01.2016].
- Huber, Evelyne/Stephens, John D./Mustillo, Thomas/Pribble, Jennifer (2012): Latin America and the Caribbean Political Dataset, 1945-2008, online verfügbar unter: <http://www.unc.edu/~jdsteph/common/data-common.html> [letzter Zugriff: 05.01.2016]
- Huntington, Samuel P. (1991): The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century, Norman/London: University of Oklahoma Press.
- Katzenstein, Peter (1985): Small States in World Markets. Industrial Policy in Europe, Ithaca: Cornell University Press.
- Kaufman, Robert R./Segura-Ubiergo, Alex (2001): Globalization, Domestic Politics, and Social Spending in Latin America: A Time-Series Cross-Section Analysis, 1973-97, in: World Politics, 53 (4), 553-587.
- Kim, Ki-tae (2015): From Worlds to Cases: Case Selection and "Other Worlds" in the Welfare Modelling Business, in: Social Policy and Society, 14 (2), 309-321.
- Kitschelt, Herbert/Hawkins, Kirk A./Luna, Juan Pablo/Rosas, Guillermo/Zechmeister, Elizabeth J. (2010): Latin American Party Systems, Cambridge: Cambridge University Press.
- Korpi, Walter (1983): The Democratic Class Struggle, London: Routledge & Paul.
- Korpi, Walter (1989): Power, Politics, and State Autonomy in the Development of Social Citizenship: Social Rights During Sickness in Eighteen OECD Countries since 1930, in: American Sociological Review, 54 (3), 309-328.
- Leibfried, Stephan (1992): Towards a European Welfare State? On Integrating Poverty Regimes into the European Community, in: Ferge, Zsuzsa/Kolberg, Jon Eivind (Hrsg.): Social Policy in a Changing Europe, Frankfurt am Main: Campus-Verlag, 245-279.
- Lora, Eduardo (2001): Structural Reforms in Latin America: What Has Been Reformed and How to Measure it, Working Paper #466, Inter-American Development Bank, online unter: <https://publications.iadb.org/bitstream/handle/11319/3338/Structural%20Reforms%20in%20Latin%20America%3a%20What%20Has%20Been%20Reformed%20and%20How%20to%20Measure%20It.pdf?sequence=1> [letzter Zugriff: 08.01.2016].

- Lustig, Nora/López-Calva, Luís F./Ortiz-Juárez, Eduardo (2013): Declining Inequality in Latin America in the 2000s: The Cases of Argentina, Brazil, and Mexico, in: *World Development*, 44 (1), 129-141.
- Mainwaring, Scott/Brinks, Daniel/Pérez-Liñán (2001): Classifying Political Regimes in Latin America, 1945-1999, in: *Studies in Comparative International Development*, 36 (1), 37-65.
- Mainwaring, Scott/Scully, Timothy R. (2003): *Christian Democracy in Latin America. Electoral Competition and Regime Conflicts*, Stanford: Stanford University Press.
- Martínez Franzoni, Juliana (2008): Welfare Regimes in Latin America: Capturing Constellations of Markets, Families, and Policies, in: *Latin American Politics & Society*, 50 (2), 67-100.
- Mesa-Lago, Carmelo (1978): *Social Security in Latin America. Pressure Groups, Stratification, and Inequality*, Pittsburgh: University of Pittsburgh Press.
- Mesa-Lago, Carmelo (1989): *Ascent to Bankruptcy. Financing Social Security in Latin America*, Pittsburgh: University of Pittsburgh Press.
- Niedzwiecki, Sara (2015): Social Policy Commitment in South America. The Effect of Organized Labor on Social Spending from 1980 to 2010, in: *Journal of Politics in Latin America*, 7 (2), 3-42.
- Obinger, Herbert/Kittel, Bernhard (2003): Parteien, Institutionen und Wohlfahrtsstaat. Politisch-institutionelle Determinanten der Sozialpolitik in OECD-Ländern, in: Obinger, Herbert/Wagschal, Uwe/Kittel, Bernhard (Hrsg.): *Politische Ökonomie*, Opladen: Leske + Budrich, 355-383.
- Pampel, Fred C./Williamson, John B. (1989): *Age, Class, Politics, and the Welfare State*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Pierson, Paul (1996): The New Politics of the Welfare State, in: *World Politics*, 48 (2), 143-179.
- Pierson, Paul (2000): Increasing Returns, Path Dependence, and the Study of Politics, in: *The American Political Science Review*, 94 (2), 251-267.
- Pribble, Jennifer/Huber, Evelyne/Stephens, John D. (2009): Politics, Policies, and Poverty in Latin America, in: *Comparative Politics*, 41 (4), 387-407.
- Rudra, Nita (2007): Welfare States in Developing Countries: Unique or Universal?, in: *The Journal of Politics*, 69 (2), 378-396.
- Sartori, Giovanni (1976): *Parties and Party Systems*, Cambridge: Cambridge University Press.

- Schmidt, Manfred G. (1982): Wohlfahrtsstaatliche Politik unter bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen. Ein internationaler Vergleich, Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag.
- Schmidt, Manfred G. (³2005): Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmidt, Manfred G./Ostheim, Tobias/Siegel, Nico A./Zohlnhöfer, Reimut (2007): Der Wohlfahrtsstaat. Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Seekings, Jeremy (2008): Welfare Regimes and Redistribution in the South, in: Shapiro, Ian/Swenson, Peter A./Donno, Daniela (Hrsg.): Divide and Deal. The Politics of Distribution in Democracies, New York: New York University Press, 19-42.
- Segura-Ubiergo, Alex (2007): The Political Economy of the Welfare State in Latin America. Globalization, Democracy, and Development, New York: Cambridge University Press.
- Tsebelis, George (2002): Veto Players. How Political Institutions Work, Princeton: Princeton University Press.
- Vis, Barbara (2013): How to analyse welfare states and their development, in: Greve, Bent (Hrsg.): The Routledge Handbook of the Welfare State, London/New York: Routledge, 274-282.
- Wagschal, Uwe/Obinger, Herbert (2000): Der Einfluss der Direktdemokratie auf die Sozialpolitik, in: Politische Vierteljahresschrift, 41 (3), 466-497.
- Wehr, Ingrid (2009): Esping-Andersen travels South. Einige kritische Anmerkungen zur vergleichenden Wohlfahrtsregimeforschung, in: Peripherie, 114/115, 168-193.
- Wehr, Ingrid (2011): Wohlfahrtsregime und soziale Ungleichheit in Lateinamerika, in: Wehr, Ingrid/Burchhardt, Hans-Jürgen (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten in Lateinamerika. Neue Perspektiven auf Wirtschaft, Politik und Umwelt, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 257-281.
- Werz, Nikolaus (³2013): Lateinamerika. Eine politische Landeskunde, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Wibbels, Erik (2006): Dependency Revisited: International Markets, Business Cycles, and Social Spending in the Developing World, in: International Organization, 60 (2), 433-468.
- Wibbels, Erik/Ahlquist, John S. (2011): Development, Trade, and Social Insurance, in: International Studies Quarterly, 55 (1), 125-149.

- Wilensky, Harold (1975): *The Welfare State and Equality. Structural and Ideological Roots of Public Expenditures*, Berkeley: University of California Press.
- Wood, Geof/Gough, Ian (2006): A Comparative Welfare Regime Approach to Global Social Policy, in: *World Development*, 34 (10), 1696-1712.